

Die Europawahl am 18. Juni 1989 in München

Am 18. Juni 1989 fanden nach 1979 und 1984 zum drittenmal Direktwahlen statt für die Abgeordneten des Europaparlamentes. Von den jetzt 518 Europa-Abgeordneten (1984: 434) aus den nun 12 EG-Mitgliedsstaaten werden je 81 aus den vier größeren Ländern (Frankreich, Großbritannien, Italien und Bundesrepublik Deutschland) entsandt, die weiteren aus den kleineren (Spanien: 60, Niederlande: 25, Belgien, Griechenland und Portugal: je 24, Dänemark: 16, Irland: 15 und Luxemburg: 6). Gewählt werden die Abgeordneten je nach dem eigenen Wahlverfahren der einzelnen Länder.

Im Gegensatz zu den beiden früheren Europawahlen, besonders der zweiten, war schon im Vorfeld der Wahl das öffentliche Interesse an Verlauf und Ergebnis des Wahlkampfes größer. Besonders in der Bundesrepublik wurde die Wahl 1989 weitgehend als Test für die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen wie für die abschließende Bundestagswahl 1990 verstanden, sowohl für Parteien als auch für Personen.

Hier sei auf Bundesebene nur erinnert an die z. B. für die CDU negativen Ergebnisse der kurz vorhergehenden Landtagswahl in Berlin und der Kommunalwahl in Hessen. Die dortigen Resultate ließen umgekehrt in der SPD Hoffnungen entstehen auf einen Wiederaufstieg, gar auf ein Überholen der CDU/CSU; sie hätten wiederum die Erfolgchancen steigern können für die Folge von Landtagswahlen 1990 und die abschließende Bundestagswahl, i. S. einer sich selbstverstärkenden Entwicklung. Teilweise wurde sogar die Stellung des Bundeskanzlers vom Ergebnis der Europawahl abhängig gemacht.

In Bayern etwa wurde das Resultat mit höherem Interesse als früher erwartet, weil hier die seit langem unangefochten regierende Partei ohne ihren verstorbenen langjährigen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten antreten mußte, die bisher weit abgeschlagenen Konkurrenten so sich bessere Chancen ausrechneten und auch das Abschneiden seiner Nachfolger ihre Anhänger wie Gegner interessierte. Zudem ist der Freistaat Ausgangspunkt der neu entstandenen größeren Partei „Die Republikaner“; ihr Abschneiden bei der letzten Wahl in Berlin hatte Aufsehen erregt und für sie wurde verbreitet eine steigende Bedeutung erwartet.

In München schließlich war das Ergebnis der Europawahl die letzte Gelegenheit für die politisch Tätigen, vor der kommenden Kommunalwahl am 18. März 1990, die Stimmung in der Bevölkerung und die Stellung ihrer Parteien kennenzulernen im direkten, entscheidenden Urteil der Wähler, ganz anders als in Näherungen über Umfrageergebnisse und eigenes Wunschdenken.

Aus einer Fülle verschiedener, nicht mit dem Abstimmungsgegenstand (Europaparlament) zusammenhängender, Motive heraus konnte das zu erwartende Ergebnis der Europawahl 1989 Interesse erregen; dies verstärkte sich nach seinem Vorliegen noch weiter. Auch Interesse und Teilnahme des Wahlvolkes selbst an der Wahl waren gestiegen, nicht nur von politisch Tätigen; beides stellte den ersten wichtigen Unterschied im Wahlverhalten dar zwischen 1984 und 1989, gerade in München. Wie noch gezeigt werden soll, bildete die überdurchschnittlich gestiegene Wahlbeteiligung dann auch eine, wenn nicht die Hauptursache für die Änderungen im Wahlergebnis gegenüber früher.

In den zwei folgenden Kapiteln sollen zuerst kurz die Ergebnisse im gesamten Bundesgebiet*), in einigen aufschlußreichen Großstädten und in Bayern insgesamt dargestellt und verglichen werden, bevor das Münchener Resultat genauer wiedergegeben und interpretiert wird.

*) Statistisches Bundesamt: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989, Stuttgart 1989.

Wahlergebnisse in München im Vergleich

Tabelle 1

Partei	Europa 1979	Europa 1984	Europa 1989	Kommunal 1984	Land 1986	Bund 1987
a) absolut						
CSU	219 318	158 405	174 162	16 353 324	246 482	284 057
SPD	166 101	125 718	150 004	16 180 594	173 712	208 253
F.D.P.	36 530	18 503	35 691	2 065 361	33 357	78 150
Grüne	17 931	38 254	72 016	3 062 709	77 419	91 323
Republikaner	–	–	79 352	–	18 460	–
Sonstige	4 029	18 399	19 602	934 743	10 592	13 364
Gültige Stimmen	443 909	359 279	530 827	38 606 731	560 022	675 147
Wähler	446 198	362 626	533 325	530 018	570 114	678 509
Wahlberechtigte	810 323	819 393	879 494	815 568	849 349	858 329
b) in Prozent						
CSU	49,4	44,1	32,8	42,4	44,0	42,1
SPD	37,4	35,0	28,3	41,9	31,0	30,8
F.D.P.	8,2	5,2	6,7	5,3	6,0	11,6
Grüne	4,0	10,6	13,6	7,9	13,8	13,5
Republikaner	–	–	14,9	–	3,3	–
Sonstige	0,9	5,1	3,7	2,4	1,9	2,0
Gültige Stimmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Wahlbeteiligung	55,1	44,3	60,6	65,0	67,1	79,0

1. Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung

1.1. Die Wahlberechtigung

Im Bundesgebiet ohne Berlin stieg im Vergleich zu der Europawahl 1984 die Zahl der Wahlberechtigten um 2,9% an, von 44 465 989 auf 45 773 179, in Bayern sogar um 4,4%, von 8 092 657 auf 8 450 805. Ursächlich für das verschieden starke Wachstum der Wahlberechtigtenzahlen im Bundesgebiet insgesamt und in Bayern ist die günstigere Altersstruktur hier, bedingt durch die meist jüngeren Zuwanderer aus dem Rest des Bundesgebietes. In Hamburg etwa wuchs die Zahl der Wahlberechtigten nur ganz schwach, von 1 250 008 auf 1 251 841, in Bremen sank sie sogar von 522 495 auf 518 989 und auch im Saarland, von 843 657 auf 842 646. Lediglich Baden-Württemberg hatte einen etwas stärkeren Anstieg der Wahlberechtigtenzahl als Bayern zu verzeichnen, um 4,7%, von 6 641 082 auf 6 953 747.

In den größeren Städten änderte sich die Zahl der Wahlberechtigten unterschiedlich, auch nach dem Vorzeichen, je nach Wirtschaftslage der Stadt, der Altersstruktur ihrer Bevölkerung und den Stadt/Umland-Bevölkerungsbewegungen. So nahm erwartungsgemäß in den Ruhrgebietsstädten, aber auch in Frankfurt und in Düsseldorf die Wahlberechtigtenzahl ab, während sie z. B. in Stuttgart, Bonn, Freiburg und Karlsruhe überdurchschnittlich anstieg. Wie die Zahlen in der dritten und vierten Spalte von Tabelle 1 für München zeigen, wuchs die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt um fast sechzigtausend, von 819 393 auf 879 494. Der Anstieg ist mit 7,3% auch relativ sehr kräftig; dies ist die höchste Zuwachsrate im Bundesgebiet überhaupt, während das Plus sich im Zeitraum zwischen der ersten und zweiten Europawahl in München nur auf 1,1% belaufen hat. Die überaus starke Zunahme ist sowohl zurückzuführen auf den (letztmaligen) Zugang noch verhältnismäßig geburtenstarker Jahrgänge aus den Jahren von Nettozuzügen nach München wie auch auf die aktuelle Zuwanderung gerade von Jüngeren, aber Wahlberechtigten.

1.2. Die Wahlbeteiligung

Starke Änderungen gab es im gesamten Bundesgebiet in der Wahlbeteiligung aufgrund des gestiegenen Interesses, stärker noch in Bayern und besonders in München. Die folgende, erste Übersicht enthält die Quoten für das Bundesgebiet insgesamt und für die verschiedenen Bundesländer.

Wahlbeteiligung nach Bundesländern

Jahr	Bu*)	SH	HH	Ns	HB	NRW	He	RP	BW	Bay	S
1989 . .	62,3	58,4	56,6	63,2	58,7	62,3	60,2	77,2	58,4	61,1	78,9
1984 . .	56,8	57,5	58,4	61,0	55,1	59,4	58,9	76,3	48,2	46,2	78,4

*) Bu = Bund, SH = Schleswig-Holstein, HH = Hamburg, Ns = Niedersachsen, HB = Bremen, NRW = Nordrhein-Westfalen, He = Hessen, RP = Rheinland-Pfalz, BW = Baden-Württemberg, Bay = Bayern, S = Saarland.

Spitzenreiter in der Wahlbeteiligung ist weiter das Saarland, danach Rheinland-Pfalz (gleichzeitig Kommunalwahl), während Bayern seine frühere Schlußlichtposition an Hamburg abgeben konnte. Die meisten Länder liegen unterhalb des Bundesdurchschnitts. Bei der Europawahl 1979, der ersten, hatte die Wahlbeteiligung im Bundesgebiet noch bei 65,7% gelegen, so daß hier wie in Bayern, trotz des wieder gestiegenen Interesses, der Wert von der ersten Wahl noch nicht wieder erreicht ist. Damals betrug die Quote in Bayern 59,0%, was den starken Anstieg 1989 gegenüber 1984 doch wieder relativiert und die Notwendigkeit eines längerfristigen Vergleichs im Wählerverhalten zeigt.

Der Zuwachs bei der Wahlbeteiligung in Bayern 1989 betrug nicht weniger als 14,9 Punkte oder 32,3% gegenüber 5,6 Punkten oder 9,9% im Bundesgebiet, womit die Quote zwar noch immer knapp unterdurchschnittlich ist, aber doch erkennbar im Mittelfeld liegt. Diese Zahl liefert den deutlichen statistischen Beleg für die obige Aussage, daß die Wahl in Bayern diesmal auf besonderes Interesse stieß.

Ein zweiter, noch hinzukommender Grund für das starke Steigen der Wahlbeteiligung in Bayern liegt in der Tatsache, daß 1984 der Europawahl ein Vierteljahr vorher gerade eine Kommunalwahl vorhergegangen war, teils noch mit Stichwahlen für Bürgermeister und Oberbürgermeister, so daß damals eine gewisse Wahlmüdigkeit entstanden sein könnte, die jetzt wieder verschwunden ist.

Für dieses Argument spricht auch die Tatsache, daß diesmal in Hessen mit seiner traditionell hohen Wahlbeteiligung diese, nachdem ebenfalls gerade ein Vierteljahr vorher Kommunalwahlen stattfanden, nur weit weniger stieg als im Bundesdurchschnitt, von 58,9% auf 60,2%, so daß die Quote nun unterdurchschnittlich ist; am Frankfurter Beispiel läßt sich dieses Argument noch besser illustrieren.

Geradezu dramatisch, noch stärker als die Zunahme der Wahlbeteiligung im gesamten Bayern, erst recht mit der im Bundesgebiet insgesamt verglichen, war das Hochschnellen der Wahlbeteiligung in München. Von den 879 494 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern beteiligten sich 533 325 Personen (60,6%) an der Wahl, was schon allein mehrfach aufschlußreiche Folgerungen ziehen läßt. Während an der Europawahl 1979 55,1% aller Berechtigten teilnahmen und an der Wahl 1984 nur 44,3%, stieg mit dem Zuwachs auf diesmal 60,6% im Stadtgebiet insgesamt die Quote um 16,3 Punkte oder um 36,8%, beides Werte höher als selbst in Bayern insgesamt, das im Zuwachs Spitzenreiter unter den Bundesländern war. Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ist in München zwar immer noch nicht so hoch wie bei Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen (vgl. Tab. 1); ihr Anstieg auf einen höheren Wert auch als 1979 stellt aber doch ein Indiz dar, daß sich langsam die Teilnahme an Europawahlen bei den Münchner Wählern stärker eingebürgert hat, wenn auch immer noch unterdurchschnittlich ist im Vergleich zu anderen größeren Städten.

In München wird der überstarke Rückgang der Wahlbeteiligung 1984, gegenüber dem Bundesdurchschnitt damals, auch dadurch zu erklären sein, daß in diesem Jahr, wie in Gesamtbayern mit ebenfalls überstark sinkender Beteiligung, eine Kommunalwahl gerade erst ein Vierteljahr zurückgelegen hatte und zudem nach 14 Tagen anschließend die Wähler noch einmal zur Teilnahme an einer OB-Stichwahl aufgerufen waren. Eine relative Sättigung mit politischen Veranstaltungen war für eine Zeit zu erwarten, diesmal aber nicht der Fall gewesen. Für diese Interpretation spricht auch, daß heuer z. B. in Frankfurt, wo eine Kommunalwahl ebenfalls erst ein Vierteljahr zurücklag, die Wahlbeteiligung zwar nicht gesunken ist (57,0% nach 55,1%), aber doch nur unterdurchschnittlich anstieg und auch weit unter der Beteiligung an der stark interessierenden Kommunalwahl lag (77,2%).

Auch im Vergleich der Wahlbeteiligungsquoten in den bundesdeutschen Großstädten konnte München jetzt erheblich aufholen von seiner Schlußposition 1984, was ebenfalls für eine gewisse Normalisierung des Wahlverhaltens spricht. Wie sich in den beiden folgenden Kapiteln zeigen wird, spielten sich in den Städten mit den stärksten Änderungen in der Wahlbeteiligung auch die größten Verschiebungen in den Stimmenanteilen verschiedener Parteien ab, so daß ein Zusammenhang zwischen beiden Bewegungen zu vermuten ist und die betreffenden Größen besonders genau zu beachten sind. Das gleiche Ergebnis wie bei diesen großräumigen Untersuchungen und Vergleichen stellt sich dann auch in kleinräumigen Beobachtungen für München ein, womit hier bemerkenswert stabile Abhängigkeiten im Wählerverhalten zu erschließen sind.

Wahlbeteiligung in Vergleichsstädten (in Prozent)

Stadt	Jahr	1989	1984	Stadt	Jahr	1989	1984
Bochum		62,7	60,2	Nürnberg		60,1	50,0
Dortmund		62,9	59,7	Fürth		58,4	47,2
Düsseldorf		59,0	56,5	Erlangen		64,4	49,2
Duisburg		56,5	53,8	Würzburg		59,5	51,8
Essen		57,9	55,1	Regensburg		59,6	45,2
Gelsenkirchen		55,6	54,9	Augsburg		59,8	44,1
Köln		58,2	54,4	Rosenheim		69,7	44,4
Frankfurt		57,0	55,1	Ingolstadt		58,3	41,2
Hannover		63,5	59,5				
Stuttgart		61,9	51,1				

Die Zahlenangaben in der zweiten Übersicht zeigen, daß sich in den Großstädten, wo die Wahlbeteiligung ohnehin schon hoch war, nur noch kleinere Zunahmen ergaben, besonders im Ruhrgebiet, während in den süddeutschen Kommunen mit vorher teils sehr niedriger Teilnahme das Wählerinteresse stark wuchs.

Im schon weitgehend verstädterten Landkreis München nahm die Wahlbeteiligung von 49,2% auf 65,5% zu, lag also weiter über dem Wert in der Stadt, auch in fast gleichbleibendem Ausmaß. Das Hochschnellen der Wahlbeteiligung in München auf einen Durchschnittswert der deutschen Großstädte, der relative Zuwachs, ist aber im Vergleich nicht der Spitzenwert in Bayern; noch stärker stieg die Quote in einigen ländlichen Wahlkreisen des Bayrischen Waldes wie auch teilweise in Schwaben, während in Unterfranken die Teilnahme immer schon überdurchschnittlich war und jetzt nur schwächer zunahm.

Die verschiedenen Ergebnisse zeigen im Vergleich, daß es in Bayern durchaus Gebiete gab mit einer noch geringeren Wahlbeteiligung 1984 und einem stärkeren Zuwachs 1989 als in München, nämlich Landkreise in noch relativ ländlichen Gebieten. Der Städtevergleich

innerhalb Bayerns ergibt, daß die Wahlbeteiligung in München stärker zunahm, auch wegen des niedrigeren Ausgangsniveaus, als in den alten Industriestädten Frankens, daß aber in zwei Fällen, nämlich Rosenheim und Ingolstadt, der Ausgangswert noch niedriger und der Zuwachs noch höher war; die stärkste Übereinstimmung besteht mit den Zahlen von Augsburg. Unter den inner- und außerbayerischen Großstädten kann München jetzt wenigstens wieder eine durchschnittliche Beteiligung aufweisen.

Die relativ breite Darstellung der Wahlbeteiligung und ihrer Änderungen im großräumigen Zeitreihen- und Querschnittsvergleich ist für die folgende Untersuchungsphase (Kap. 2), die Beobachtung der Stimmen für einzelne Parteien, auch deshalb so wichtig, weil sich bisher die öffentliche Diskussion der Wahlergebnisse beschränkte auf die Anteile verschiedener Parteien, die Prozentsätze der Teilnahme dagegen und die Absolutergebnisse an Stimmen praktisch vernachlässigt wurden.

Im vierten Kapitel, über die Wahlergebnisse in einzelnen Stadtbezirken, werden dann die Ergebnisse über die Münchner Wahlbeteiligung kleinräumig näher untersucht und es wird nach Gemeinsamkeiten wie Unterschieden gesucht; im besonderen werden darum Änderungen und Übereinstimmungen zwischen früheren und jetzigen Resultaten dargestellt bei dieser Quote selbst und Zusammenhänge mit den Anteilen einzelner Parteien, wie zuvor großräumig im zweiten Kapitel.

2. Die Wahlergebnisse der Parteien im Vergleich

2.1. Stimmzahl und Anteile in Bund und Ländern

Im Bundesgebiet insgesamt und in allen Bundesländern änderte sich die Beteiligung an der Europawahl 1989 weniger stark als in München, vielmehr brachte sie eher Verschiebungen in den Stimmenanteilen der verschiedenen Parteien. Insgesamt nahmen 21 Parteien an der Europawahl teil, ein Rekordwert, von denen die meisten jedoch nur Anteile unter einem Prozent, teils weit darunter, erreichen konnten.

Über einen Prozent Stimmenanteil lagen nur sechs Parteien (CDU/CSU als eine Partei verstanden); unter ihnen befand sich, neben den im weiteren näher dargestellten fünf Parteien, die die Fünfprozentsperrquote überwandern, als einziger Neuling die „Deutsche Volkunion“ (DVU) mit 1,6%. Die restlichen 15 Parteien erzielten 1989 im Bundesgebiet zusammen nur 2,2% aller Stimmen, während 1984 die damaligen sonstigen Parteien noch 3,7% erreichten.

2.1.1. Wahlergebnisse im Bundesgebiet

Die dritte Übersicht gibt die Stimmzahl der größeren Parteien – mehr als 5% Anteil – im Bundesgebiet wieder.

Parteienergebnisse im Bundesgebiet

Partei	1989		1984	
	Stimmzahl	%	Stimmzahl	%
CDU	8 332 846	29,5	9 308 411	37,5
CSU	2 326 277	8,2	2 109 130	8,5
SPD	10 525 728	37,3	9 296 417	37,4
F.D.P.	1 576 715	5,6	1 192 624	4,8
Grüne	2 382 102	8,4	2 025 972	8,2
Republikaner	2 008 629	7,1	–	–

Auffällig an der Stimmenverteilung im gesamten Bundesgebiet ist im Vergleich zum einen das Gleichbleiben mancher Ergebnisse, zum anderen das Abweichen anderer von früheren

Resultaten. Ungefähr gleichgeblieben sind Grüne und F.D.P., wobei der relative Anstieg bei den Liberalen aber zum Überschreiten der Fünfprozentgrenze nach bundesdeutschem Wahlrecht reichte; fast genau konstant geblieben ist der Stimmenanteil der SPD, bei einer wegen der höheren Wahlbeteiligung um gut 1,2 Millionen gestiegenen Wählerzahl.

Mehr als die Konstanz fallen auf den ersten Blick die zwei Änderungen in der Stimmabgabe durch die Wähler auf. Den stärksten absoluten Zuwachs und damit auch die größte Zunahme im Relativwert, dem Stimmenanteil, konnte eine auf Bundesebene neue Partei erzielen, die der Republikaner. Umgekehrt büßte die auch im Europa-Parlament eine Fraktionsgemeinschaft bildende CDU/CSU nicht wenig ein; sie ging sogar in der absoluten Wählergunst um 758 418 Stimmen zurück (6,6%). Aufschlußreich für das Wählerurteil über beide Parteien ist auch hier der genauere Blick, der zeigt, daß die CSU allein sogar um 217 147 Wählerstimmen zunahm, um 10,3%, wenn auch nicht ganz so stark wie die Zahl der gültigen Stimmen (+13,5%), während die CDU stärker abnahm, auch absolut, um 975 565 Stimmen oder 10,5%. Das CSU-Ergebnis wird nachher bei der Untersuchung der bayerischen Resultate näher dargestellt.

Es könnte nun verführerisch sein, dieselben Zusammenfassungen und Vergleiche ebenfalls für Gruppen weiterer Parteien zu machen, wie dies in der politischen Praxis auch schnell geschieht („Lager“); hier wird dieser wegen unvermuteter Wählerübergänge und Affinitäten der Parteien leicht in die irre führende Weg nicht eingeschlagen.

Gerade wegen der noch zu schildernden starken Änderungen in der Stimmabgabe in Bayern und besonders in München ist der Vergleich mit den Ergebnissen in anderen Bundesländern, Großstädten, und einigen bayrischen Mittelstädten interessant, auch wenn sich in den Vergleichsgebieten die Resultate weniger geändert haben; eine vergleichende Betrachtung kann den Blick für Ursachen der Wählerwanderung schärfen.

Betrachtet man die zehn Bundesländer mit Direktwahlen, so mußte die CDU überdurchschnittliche Verluste in Bremen und in Baden-Württemberg hinnehmen; weiter verlor sie ihre Spitzenreiterstellung in nicht weniger als fünf Ländern (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie Rheinland-Pfalz) an die SPD. Diese Partei konnte in den zuletzt genannten Bundesländern die Spitzenposition neu gewinnen und sie in Hamburg, Bremen, Hessen und dem Saarland aufgrund starker CDU-Verluste ausbauen. Echte eigene Verbesserungen im Stimmenanteil erzielte die SPD nur in Schleswig-Holstein sowie in kleinerem Ausmaß in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg; in Hamburg, Bremen und in Hessen sank ihr Stimmenanteil sogar leicht und in Bayern setzte sich die für sie ungünstige Entwicklung in stärkstem Ausmaß fort (1984: 27,6%, 1989: 24,2%), womit sie hier deutlich die Schlußposition von der baden-württembergischen SPD übernahm. Die CSU, als nur in einem Bundesland bestehende, aber doch größere Partei, mußte diesmal herbe, ungewohnte, aber teils erwartete Verluste hinnehmen (nur noch 45,4% nach 57,2%). Allerdings ist bei der Interpretation dieses Resultats zu beachten, daß die nächste Partei (SPD), die allenfalls noch als Konkurrent in Frage hätte kommen können, zumindest nicht die teils erwarteten relativen Erfolge erzielen konnte, sondern sogar gegenüber der herrschenden Partei immer weiter zurückfällt und ihr auch als Oppositionspartei starke Konkurrenz erwachsen ist.

Die F.D.P. konnte, bei einem allgemeinen leichten Zuwachs, besonders in Hamburg (6,2%), Bremen (7,0%) und Baden-Württemberg (7,2%) relative Erfolge erzielen. Bei allen in den nun 40 Jahren der Bundesrepublik eingetretenen sozialen Wandlungen hat diese Partei, wenn auch in abnehmenden Maße, ihren Schwerpunkt immer noch in Baden-Württemberg, mit 7,2% (1984: 7,1%), und ihren Schwachpunkt weiterhin in Bayern, mit 4,0% 1984 wie 1989; die Werte in den anderen Bundesländern streuen nicht stark um den Bundesdurchschnitt von 5,6%.

Die Grünen sind der vorletzte größere Neuzugang zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik, nach den drei bzw. vier schon klassischen; inzwischen besteht diese Gruppierung aber auch schon über ein Jahrzehnt. Sie blieben jetzt im Bundesdurchschnitt fast konstant, mit 8,4% nach 8,2%, wobei in den einzelnen Bundesländern die Entwicklung uneinheitlich verlief. Einen Rückgang hatten sie in einem Schwerpunkt zu verzeichnen, nämlich in Hamburg mit 11,5% nach 12,7%, dagegen aber einen Zuwachs in der zweiten Hochburg, Bremen, mit 13,8% nach 11,9%. Im dritten bisherigen Stärkegebiet, Baden-Württemberg, konnten sie das Ergebnis nur knapp halten (10,0% nach 10,1%), während sie sich in Hessen am stärksten verbesserten (9,9% nach 7,8%). In Bayern blieben die Grünen mit 7,8% nach 6,8% zwar immer noch etwas unterdurchschnittlich, es gelang ihnen aber, ihren Abstand zum Bundesdurchschnitt deutlich zu verringern.

Die fünfte von den größeren, in die Betrachtung einzubeziehenden Parteien, ist die jüngste; die Republikaner konnten bei ihrer erstmaligen Teilnahme an Europawahlen, nur wenige Jahre nach ihrer Gründung 1983, gleich 7,1% erzielen, wodurch sie als die größte Neuigkeit breitere Beachtung fanden. Ihren stärksten Erfolg errang diese Partei in ihrem Ausgangsland, Bayern, mit 14,6%. Das zweitbeste Resultat ist in Baden-Württemberg eingetreten, mit 8,7%, während in allen anderen Bundesländern die Ergebnisse deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen; Schwachpunkte bildeten Schleswig-Holstein mit 4,6%, Bremen mit 4,4% und schließlich Nordrhein-Westfalen mit 4,1%.

2.1.2. Wahlergebnisse in Bayern

In Bayern änderte sich das Wählerverhalten auch in bezug auf die Stimmenverteilung stärker als in den anderen Bundesländern, wie sich an der folgenden Übersicht sehen läßt.

Parteienergebnisse in Bayern

Partei	1989		1984	
	Stimmenzahl	%	Stimmenzahl	%
CSU	2 326 277	45,4	2 109 130	57,2
SPD	1 239 888	24,2	1 017 802	27,6
F.D.P.	206 059	4,0	145 833	4,0
Grüne	399 584	7,8	250 541	6,8
Republikaner	748 238	14,6	-	-

Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation des bayerischen Wahlergebnisses, mit seinen jeweiligen Besonderheiten sowohl für die CSU als auch für die SPD und die Republikaner, daß gerade hier die Wahlbeteiligung sehr stark zunahm (s. o.); infolgedessen konnten auch die Parteien mit sinkendem Stimmenanteil ihre absolute Wählerzahl vergrößern, so die CSU um 10,3% und die SPD sogar um 21,8%. Die anderen größeren Parteien müssen aber von der höheren Wahlbeteiligung, neben Änderungen im Verhalten der alten Wähler, noch stärker profitiert haben, denn z. B. die F.D.P. verbesserte sich um 41,3%, genau im Ausmaß des Zuwachses in der Wahlbeteiligung, so daß sie ihren Anteil halten konnte. Die Grünen nahmen sogar um 59,5% zu, so daß sie nicht nur ihre absolute Stimmenzahl, sondern auch ihren Stimmenanteil erhöhen konnten. Die Republikaner, als die Senkrechtstarter bei dieser Europawahl, konnten gleich 748 238 Wähler auf sich vereinigen, etwas mehr als die Zuwächse bei allen anderen Parteien zusammengenommen, genau 52,2% des gesamten Zuwachses an gültigen Wählerstimmen (von 3 689 638 auf 5 123 367, um 1 433 729). Es wäre allerdings kurzschlüssig, im Umkehrverfahren den relativen Wahlerfolg dieser Partei allein oder auch

nur zum größten Teil auf den Zustrom bisheriger Nichtwähler zurückzuführen; vielmehr läßt sich zeigen, daß auch in großem Maße Wählerwanderungen stattgefunden haben.

Inzwischen liegt auch die repräsentative Auswertung des Europawahlergebnisses vor, die vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführt wird*).

Bei der Interpretation des Wahlverhaltens ist zu beachten, daß die Wahlbeteiligung der verschiedenen Gruppen in der repräsentativen Auswahl ganz unterschiedlich groß war; so

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Altergruppe	Wahljahr	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf . . .					
		CSU	SPD	Grüne	F.D.P.	Rep.	Sonstige
Männer							
18-24	1989	35,8	21,3	13,6	4,5	18,4	6,4
	1984	48,9	25,0	16,9	3,3	-	5,9
25-34	1989	34,1	23,4	15,9	4,1	17,8	4,8
	1984	46,5	26,9	17,4	4,3	-	5,0
35-44	1989	38,7	25,5	10,4	4,0	18,3	3,1
	1984	54,8	28,4	8,0	5,0	-	3,8
45-59	1989	45,4	25,1	3,6	4,1	18,9	2,9
	1984	57,9	30,6	3,5	4,2	-	3,8
60 und älter	1989	49,3	24,2	1,0	2,8	18,9	3,8
	1984	60,1	29,5	2,4	4,1	-	3,9
Zusammen	1989	42,0	24,2	7,5	3,8	18,5	4,0
	1984	55,3	28,7	7,5	4,2	-	4,2
Frauen							
18-24	1989	36,7	24,3	17,3	4,4	10,3	7,0
	1984	48,2	26,1	16,3	2,9	-	6,4
25-34	1989	35,2	25,4	19,4	3,6	10,5	5,9
	1984	47,8	28,2	14,9	3,0	-	6,1
35-44	1989	44,0	25,9	11,0	4,1	11,4	3,6
	1984	58,6	27,7	6,3	3,7	-	3,7
45-59	1989	51,7	24,7	4,3	4,0	11,7	3,6
	1984	60,8	28,7	3,7	3,4	-	3,5
60 und älter	1989	59,0	23,9	1,3	3,0	9,7	3,1
	1984	63,6	28,3	1,9	3,3	-	2,9
Zusammen	1989	49,0	24,7	7,9	3,6	10,7	4,1
	1984	58,8	28,1	5,9	3,3	-	3,9
Männer und Frauen							
18-24	1989	36,2	22,7	15,3	4,4	14,6	6,8
	1984	48,6	25,5	16,6	3,1	-	6,2
25-34	1989	34,6	24,4	17,6	3,8	14,3	5,3
	1984	47,1	27,5	16,2	3,6	-	5,5
35-44	1989	41,3	25,7	10,7	4,0	14,9	3,4
	1984	56,7	28,0	7,2	4,4	-	3,8
45-59	1989	48,6	24,9	3,9	4,1	15,3	3,2
	1984	59,4	29,6	3,6	3,8	-	3,6
60 und älter	1989	55,1	24,1	1,2	2,9	13,4	3,3
	1984	62,2	28,8	2,1	3,6	-	3,3
Zusammen	1989	45,7	24,4	7,7	3,7	14,4	4,1
	1984	57,2	28,4	6,6	3,7	-	4,1

*) Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Europawahl in Bayern am 18. Juni 1989. Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik.

stieg sie von 49,0% bei den Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen (1984: 31,6%) auf 64,9% bei den über Sechzigjährigen (1984: 55,0%) an und betrug bei den Männern 59,3% (1984: 42,7%), bei den Frauen etwas weniger, nämlich 56,6% (1984: 42,7%).

Es zeigt sich wieder, wie schon früher, daß die Jungwähler sich weniger stark als die gesamte Wählerschaft für die größte, aber auch für die zweitgrößte Partei entscheiden, sondern eher die kleineren Gruppierungen vorziehen, wobei der sehr hohe Grünen-Anteil und die genau ihrem Anteil an der Gesamtwählerschaft entsprechende Republikaner-Quote am stärksten auffallen. Bei den Älteren überwiegen umgekehrt die Wähler der beiden klassischen Großparteien ganz deutlich und auch die stärkste neue Partei, die Republikaner, konnte bei ihnen nur unterdurchschnittlich abschneiden. Der CSU-Anteil steigt eindeutig mit dem Alter, auch über die Zwischenstufen hinweg, während umgekehrt der Grünen-Prozentsatz mit ihm ganz scharf fällt und SPD, F.D.P. sowie Republikaner ihre Wähler relativ gleichmäßig über alle Altersstufen finden.

Zur Geschlechtsstruktur der Wählerschaft fällt auf, daß SPD, F.D.P. und Grüne ziemlich in gleicher Weise von Männern wie Frauen gewählt werden, während die CSU deutlich von Frauen bevorzugt wird und die Republikaner umgekehrt ihre Stärke hauptsächlich den Männern verdanken. Die Änderungen in der Verteilung der Wählergunst nach Alter und Geschlecht können, durch Vergleich der Ergebnisse für die Europawahl 1984, von den Lesern selbst ermittelt und politisch interpretiert werden.

2.2. Das Resultat in einigen typischen Großstädten

Bevor sich den Ergebnissen in München zugewandt wird, seien noch die Vergleichsresultate genannt aus einigen weiteren bevölkerungsstarken Großstädten; dies hat wieder den Sinn, Gemeinsamkeiten und Unterschiede entdecken und dadurch besser Ursachen für die verschiedenen Wahlausgänge erkennen zu können. Es handelt sich wieder um die oben in bezug auf die Wahlbeteiligung erfaßten Großstädte, die sich nach sozialen Typen klassifizieren lassen. Außerhalb Bayerns sind es die alten Industrie- (und teilweise auch Verwaltungs-) Städte des Ruhrgebiets, die größeren norddeutschen Städte mit alten Industrie- und Handelstraditionen und die relativ modernen Industrie- und Dienstleistungsmetropolen Frankfurt und Stuttgart. Innerhalb Bayerns lassen sich unterscheiden die alten Industrie- und Dienstleistungsstädte im mittelfränkischen Raum, die größeren Regionalzentren für ein weites Umland Würzburg und Regensburg sowie Augsburg, schließlich die kleinen Zentren mit eigener spezifischer Tradition wie Rosenheim und Ingolstadt.

Später wird auch hier zu prüfen sein, wieweit die Ergebnisse des großräumigen Vergleichs, auch mit München insgesamt, sich in der kleinräumigen Untersuchung von Stadtbezirken Münchens bestätigen, so daß eventuelle wirtschaftliche und soziale, sich dann auch im Wahlverhalten niederschlagende Gemeinsamkeiten und Unterschiede entdeckt werden können.

In den Ruhrgebietsstädten blieb die SPD weiter die bei weitem stärkste Partei und konnte ihre alten Ergebnisse halten. Die CDU landete weit abgeschlagen und noch verschlechtert gegenüber der letzten Europawahl auf dem zweiten Platz. Grüne und F.D.P. konnten in den alten Industriestädten nur unterdurchschnittliche Stimmenanteile erreichen, etwas bessere in den Städten mit höherem Dienstleistungsanteil. Die Republikaner erzielten für nordrhein-westfälische Verhältnisse überdurchschnittliche Resultate, besonders in den noch stark schwerindustriell geprägten Kommunen.

Wichtigste Schlußfolgerung für das Ruhrgebiet insgesamt ist, daß die SPD hier in diesem alten Industriezentrum mit seinen bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter ihre Stärke hat im Vergleich mit allen Ergebnissen im Bundesgebiet. Die CDU umgekehrt hat hier ihre

Wahlergebnisse in Vergleichsstädten (in Prozent)

Tabelle 2

Stadt \ Partei	CDU/CSU		SPD		F.D.P.		Grüne		Rep		Sonstige	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989
Bochum	30,9	25,4	55,7	55,4	2,5	3,6	7,9	8,9	-	4,3	3,0	2,4
Dortmund	30,0	25,1	55,4	55,0	2,9	3,9	8,6	8,5	-	4,6	3,1	2,9
Düsseldorf	41,4	33,9	39,4	40,7	5,5	7,3	9,5	10,0	-	4,7	4,2	3,4
Duisburg	29,9	24,6	57,5	57,0	2,5	3,1	7,1	6,7	-	5,3	3,0	3,3
Essen	35,4	29,5	49,8	50,4	3,4	5,0	7,8	8,1	-	4,0	3,6	3,0
Gelsenkirchen	29,4	24,7	58,9	56,4	2,0	2,8	6,8	7,0	-	5,3	2,9	3,8
Hannover	37,3	29,6	43,1	42,2	5,1	6,7	10,6	11,9	-	6,4	3,9	3,2
Bremen	31,0	23,3	48,0	46,4	4,5	7,0	11,9	13,8	-	4,5	4,6	5,0
Hamburg	36,6	31,5	42,0	41,9	4,9	6,2	12,7	11,5	-	6,0	3,8	2,9
Frankfurt	41,2	33,5	37,9	35,6	4,8	5,4	11,2	14,0	-	6,9	4,9	4,6
Stuttgart	42,7	32,3	30,3	31,1	9,8	10,3	12,2	12,6	-	9,2	5,0	4,5
Nürnberg	43,4	32,5	38,7	32,0	3,7	4,4	9,0	9,5	-	17,6	5,2	4,0
Fürth	40,9	30,7	43,2	33,8	4,0	4,4	7,3	8,4	-	18,7	4,6	4,0
Augsburg	49,5	37,7	35,0	24,9	3,5	3,6	7,0	9,9	-	19,6	5,0	4,3
Würzburg	52,6	42,5	29,8	26,7	4,9	5,8	8,0	12,1	-	9,2	4,7	3,7
Regensburg	57,3	43,6	26,9	25,1	3,5	3,7	7,8	9,5	-	13,6	4,5	4,5
Rosenheim	54,4	41,2	28,3	21,5	3,8	3,3	7,2	7,3	-	22,1	6,3	4,6
Ingolstadt	55,1	43,7	28,9	24,0	3,6	3,2	5,5	6,5	-	19,1	3,9	3,5

Schwächezone; sie findet am ehesten noch in Städten mit höherem Dienstleistungsanteil etwas mehr Akzeptanz.

In den Hansestädten traten, auf ohnehin niedrigem Niveau, weitere Verluste der CDU ein, während sich die dort traditionell starke SPD knapp halten konnte und die F.D.P. hinzugewann. Der Grünen-Anteil entwickelte sich uneinheitlich auf hohem Niveau und die Republikaner konnten nur unterdurchschnittlich abschneiden. In Frankfurt, einem modernen Dienstleistungszentrum, lag eine Kommunalwahl mit hoher Wahlbeteiligung gerade erst ein Vierteljahr zurück; in dieser hatte die SPD 40,1% erreicht, die CDU 36,6%, die FDP 4,8%, die Grünen 10,2% sowie die NPD 6,6%; die Republikaner nahmen nicht teil. Jetzt erzielte die SPD nur noch 35,6% und die CDU 33,5%, in etwa landesdurchschnittliche Ergebnisse; die F.D.P. dagegen konnte sich auf 5,4% verbessern und die Grünen stiegen sogar auf 14,0%; den nun hier antretenden Republikanern gelang mit 6,9% ein für Hessen (6,5%) leicht überdurchschnittliches Resultat. Aufschlußreich sowohl für eine Beurteilung der leicht geübten Praxis, bestimmte Parteien in „Lager“ zusammenzufassen wie auch dann für den Vergleich mit Münchner Ergebnissen ist die Wahlanalyse des Frankfurter Amtes für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen. Die Untersuchung nach Stadtbezirken hat gezeigt, daß die verbreitet als weit rechtsstehend aufgefaßte Partei der Republikaner ihre stärksten relativen Erfolge gerade in Stadtteilen mit traditionell sehr hohen und auch weiter hohen SPD-Anteilen sowie mit heute bestehenden sozialen Problemen erzielte, während sie in Gebieten mit guter Wohnlage und mit hohem CDU-Anteil relativ erfolglos war.

Im einzelnen führt das Amt zur Bezirksverteilung der größeren Parteien aus: „Traditionell ist die SPD in den Ortsteilen im Osten und Westen der Stadt entlang des Mains am stärksten vertreten“. „Sie bilden für die Sozialdemokraten noch immer das wichtigste Wählerreservoir.“ „Die CDU hat ihre Domänen einerseits in den Stadtteilen, die für eine gute Wohnlage charakteristisch sind . . . und in den kleinen Ortsteilen im Norden der Stadt, die noch am ehesten dörfliche Strukturen aufweisen. Das Hauptwählerreservoir der Grünen lebt in einem nahezu geschlossenen Ring um die Innenstadt . . . Dies sind Wohnviertel mit dichter

Bebauung und einem hohen Bestand an Altbauten mit noch relativ preiswertem Wohnraum . . . während sich in Bockenheim der Einfluß der Universität bemerkbar macht. Allerdings finden die Grünen auch unter den Bewohnern der gehobenen Wohngegend des Westend zahlreiche Wähler. In diesen Stadtgebieten wohnen ebenfalls die Anhänger der F.D.P. Die Schwerpunkte der Liberalen decken sich somit zum Teil mit denen der Grünen, zu einem anderen Teil mit denen der CDU“. „Die hohen Stimmenanteile der Republikaner treten häufig in Ortsteilen auf, in denen auch die SPD überdurchschnittlich viele Wählerstimmen erhalten hat“. „Alle genannten Ortsteile verfügen über ausgedehnte, dichtbesiedelte Wohngebiete mit einer teilweise äußerst ungünstigen Infrastruktur, einem hohen Anteil ausländischer Wohnbevölkerung und mit teils erheblichen sozialen Problemen.“⁽¹⁾

Stuttgart wird oft, von der Modernität seiner Wirtschaftsstruktur (Industrie und Dienstleistungen) her am ehesten, mit München verglichen, deswegen sind seine Wahlergebnisse besonders interessant für den Vergleich. Hier mußte die traditionell stärkere, baden-württembergischen Verhältnissen entsprechend, CDU kräftige Verluste hinnehmen, während die traditionell schwächere SPD sich sogar etwas verbessern konnte und ebenso gilt dies für die hier seit altersher recht starke F.D.P. und die Grünen. Die Partei der Republikaner errang 9,2%, ein für Baden-Württemberg (8,7%) leicht überdurchschnittliches Ergebnis, ähnlich wie in der hessischen Metropole Frankfurt.

Der starke Rückgang der CDU in Stuttgart entspricht in etwa dem Ergebnis auf Bundesebene, während sich die SPD etwas verbessern konnte, im Vergleich zu ihrem Gleichbleiben im Bundesgebiet insgesamt; die kleineren Parteien liegen in Niveau wie in Richtung höher als im Bundesdurchschnitt. Wie für Frankfurt gilt auch für Stuttgart nach den Untersuchungen des dortigen Statistischen Amtes, daß in Gebieten, wo die CDU stark ist, die Republikaner schwach sind, während in Gebieten mit hohem SPD-Anteil die Republikaner gut abschneiden konnten; dieser Zusammenhang wird als Hinweis auf die sozialstrukturelle Nähe der jeweiligen Wähler interpretiert. Ebenso wird das Zusammenfallen von Gebieten mit hohem Grünen- und hohem F.D.P.-Anteil als Indiz für gleiche Wählerschichten, nämlich von gutsituierten Bildungsbürgern, verstanden, außerdem von Studenten bei den Grünen.

„In den Stimmenhochburgen der CDU waren die SPD, die Republikaner und die Sonstigen schwach, die FDP hingegen stark vertreten. In den SPD-Hochburgen erhielten die Republikaner sowie die sonstigen Parteien überdurchschnittliche Stimmenanteile. Das gleiche Profil kennzeichnet spiegelbildlich die Republikaner, deren Hochburgen überdurchschnittliche Anteile an SPD- und Sonstigen-Wähleranteilen aufwies. Das ist sicherlich als ein deutlicher Hinweis auf die sozialstrukturelle Nähe der jeweiligen Wählerklientel zu werten. Daneben weisen die Grünen und die FDP ähnliche Stimmenschwerpunkte auf; auch das ist ein Indiz dafür, daß beide Parteien zum Teil die gleichen sozio-ökonomischen Wählerschichten ansprechen, nämlich die gutsituierten Bildungsbürger, die Grünen außerdem auch die Studenten.“⁽²⁾

In Baden-Württemberg, einem oft mit Bayern verglichenen Bundesland, erzielten die Republikaner ihr bestes Ergebnis (18,8%) im vergleichsweise ländlich-industriellen Wahlkreis Heidenheim (nördliches Albvorland); sie erreichten aber auch sehr starke, überdurchschnittliche Resultate, höher als in Stuttgart, in den hochmodern-industriellen Wahlkreisen rund um die Landeshauptstadt, dem Gewerbe- und Verwaltungskern. Dieses Ergebnis gilt sowohl für den Wahlkreis Böblingen (10,0%) als auch für Esslingen (10,5%) und Göppingen (11,4%). Die Republikaner können nach diesem Wählerverhalten gerade also nicht, wie verbreiteten Stereotypen nach, als eine Partei mit Stärken in vergleichsweise ländlichen Gebieten mit noch niedrigem wirtschaftlichen und sozialen Niveau betrachtet werden; das

1) Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen: Wahl zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989, Frankfurt 1989, S. XVII f. –
2) Statistisches Amt der Stadt Stuttgart: Europawahl 1989, Stuttgart 1989, S. 19.

Ergebnis wird, wie auch die Widerlegung des Vorurteils, für Bayern hier bestätigt werden (s. u.).

Vor dem näheren Betrachten der Münchener Ergebnisse sei schließlich noch auf die erwähnten bayrischen Städte eingegangen, um auch hier im Vergleich Richtungen des Wählerverhaltens erkennen zu können.

Das allen Städten gemeinsame Ergebnis ist der starke Rückgang der größten Partei, der CSU, und zwar ohne Unterschied, ob sie bisher in einer Stadt hohe oder für ihre Verhältnisse niedrige Anteile hatte.

Die SPD hat in den Städten stark verloren, wo sie bisher für bayerische Verhältnisse relativ gut abschnitt, während sie verhältnismäßig glimpflich davon kam in den Städten, wo sie ohnehin schwach vertreten war; hier besteht offensichtlich ein ausgeprägter Kern treuer Wähler. Insgesamt haben sich für die SPD die Ergebnisse in den bayerischen Großstädten einander angenähert, auf das Minimum zu, während bei der CSU die relativen Unterschiede geblieben sind, Stärken in weniger industrialisierten Städten, Schwächen in den alten Industriezentren Bayerns. Der in etwa gleichmäßige Rückgang der CSU, auf hohem Niveau, belegt die These, daß es sich hier um ein Abgehen von verbreitet relativ wenig gebundenen Wählern handelt, die bisher diese Partei band, von Randgruppen ihrer Wählerschaft. Der starke Rückgang der SPD dagegen gerade in den Städten mit bisher und seit langem hohem Anteil zeigt, daß in diesem Fall vom hier bestehenden großen Kern stark gebundener Wähler erhebliche Teile zu einer anderen Partei übergangen.

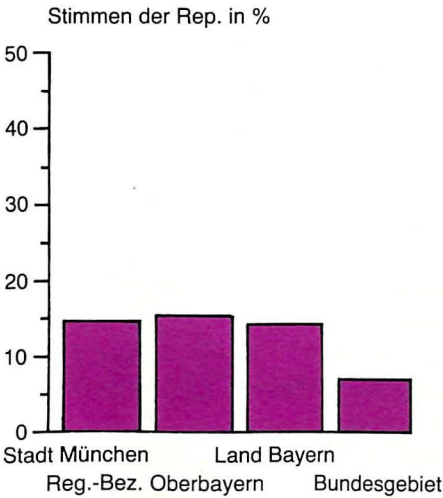
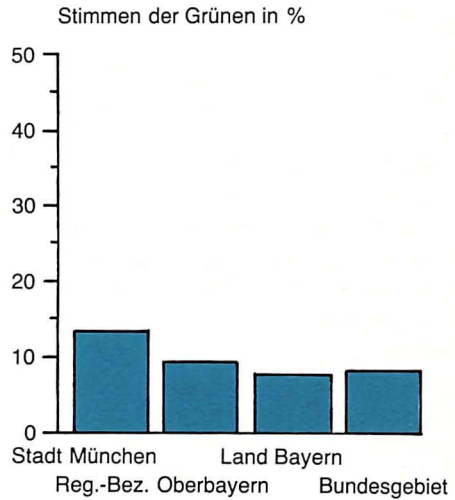
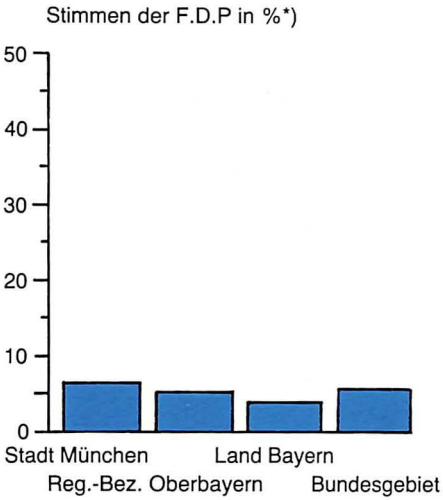
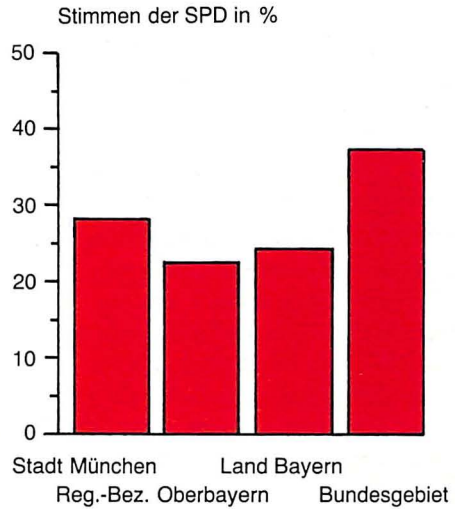
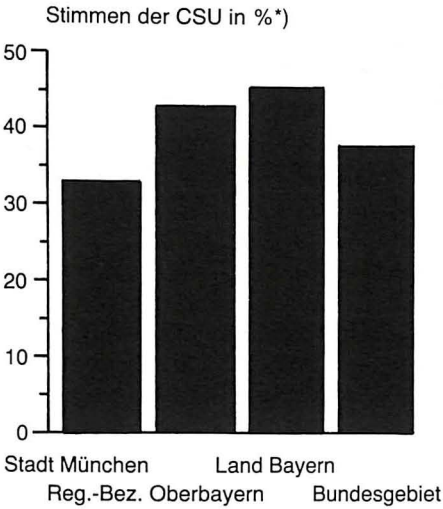
Die Republikaner als die relativen Gewinner der Wahl haben offensichtlich ihre Schwächen, mit Ergebnissen teils weit unter dem bayerischen Landesdurchschnitt, in den zumindest früher weniger industrialisierten Städten (Würzburg, Regensburg), wo die CSU weiter recht stark ist und die SPD ohnehin schwach. Erfolgreich sind die Republikaner in den alten Industriestädten, wo früher die SPD sehr gut vertreten war und die CSU weiter relativ schwach ist. Die F.D.P. entwickelt sich auf ihrem niedrigen Niveau uneinheitlich bei positiver Gesamtrichtung, aber mit Ergebnissen, die kaum über dem Landesdurchschnitt liegen. Die Grünen erzielten, wie schon 1984, in den Großstädten überdurchschnittliche Resultate; verhältnismäßig am schwächsten sind sie noch in den alten Industriestädten. Sonstige Parteien erreichen trotz ihrer weit größeren Zahl als 1984 auch zusammengenommen nur einen kleineren Anteil.

Wenn die Änderungen in den Stimmenanteilen auf mögliche Wählerströme hin interpretiert werden, so fällt am meisten wieder der Unterschied auf zwischen den drei alten bayerischen Industriestädten Nürnberg, Fürth und Augsburg einerseits sowie den beiden anderen Städten Würzburg und Regensburg andererseits. Während hier die Republikaner bei relativer Schwäche ihre Stimmen zumindest netto am ehesten von früheren CSU-Wählern erhalten haben dürften, weicht das Wählerverhalten dort ab. Es zeigt sich, daß gerade in CSU-schwachen, (bisher) relativ SPD-starken Städten (Nürnberg, Fürth, Augsburg) die Republikaner weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. Das Wahlverhalten in den alten bayerischen Industriestädten zeigt einen zumindest im Ausmaß ganz deutlichen Unterschied zu den alten Industriestädten im Ruhrgebiet, wo die SPD stabil blieb.

Die beiden erfaßten bayrischen Mittelstädte mit ihren öffentliches Aufsehen erregenden Änderungen in der Stimmenverteilung sind sowohl dadurch gekennzeichnet, daß es sich um alte Industriestädte handelt wie um Kommunen mit überdurchschnittlichem Anstieg in der Wahlbeteiligung. In ihnen überwog allerdings früher ganz eindeutig die Stimmenabgabe für die CSU und diese Partei hatte die herbsten Verluste einzustecken, aber auch die SPD mußte von ihrem ohnehin niedrigen Niveau weiter nach unten.

Die Ergebnisse der Europawahl im regionalen Vergleich

Abbildung 1



*) im Bundesgebiet CDU und CSU

2.3. Das Ergebnis im Regionalvergleich

In Abbildung 1 sind die Stimmenanteile der größeren Parteien nebeneinander gestellt in verschiedenen Regionen, der Stadt München, dem Regierungsbezirk Oberbayern, dem Land Bayern und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Im Gegensatz zur letzten Europawahl, mit relativ einheitlichem Ergebnis in allen genannten Gebieten, ist deutlich erkennbar, daß die Stimmenanteile aller Parteien in München diesmal teils stark von den Ergebnissen auf Bundesebene abweichen. Die CSU liegt erstmals unter dem Bundesergebnis der CDU/CSU, die SPD weiter, jetzt erheblich verstärkt, unter der ihrer Bundespartei, die F.D.P. etwas höher. Die Grünen schneiden weit besser ab als im Bundesdurchschnitt ihrer Partei und noch stärker die Republikaner. Hier korrespondieren SPD- und Republikaner-Abweichung vom jeweiligen Bundesresultat sehr stark miteinander, so wie bei CSU und Grünen. Auch im Vergleich zum Ergebnis im gesamten Freistaat konnte die Münchener CSU nur ein stark unterdurchschnittliches Ergebnis erzielen, wie allerdings schon bei der letzten Europawahl, und die Münchener SPD nähert sich immer mehr dem Resultat der gesamten bayerischen SPD an, während die F.D.P. in München weit überdurchschnittlich gewählt wird und noch mehr die Partei der Grünen. Die Republikaner sind in München noch etwas besser vertreten als im gesamten Bayern, was ihrer besonderen Stärke in früher überwiegend sozialdemokratisch wählenden Großstädten nicht ganz entspricht, aber in der Richtung liegt.

Verglichen mit dem Wahlergebnis im Regierungsbezirk Oberbayern ist die Münchener CSU traditionell schwach, jetzt auf allgemein gedrücktem Niveau, und die SPD stark; F.D.P. und Grüne sind in der Stadt erheblich erfolgreicher als im gesamten Regierungsbezirk, was für ein nicht-traditionelles Wahlverhalten in relativ „modernen“ Gebieten, auch mit stärkerem Bevölkerungszug, spricht. Die Republikaner lagen im Regierungsbezirk etwas über dem Ergebnis der Stadt selbst; dies ist auf ein stärkeres Abschneiden in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau und besonders Rosenheim zurückzuführen, wengleich sie auch hier nicht so hohe Ergebnisse wie in ihren relativen Hochburgen, den alten Industriestädten, erzielen konnten. Ihr regionaler Schwachpunkt in Bayern mit nur 10,4% ist der weder zu den alten noch zu den neuen Industriegebieten zählende Regierungsbezirk Unterfranken mit seiner Randlage, von den wirtschaftlichen und politischen Kräftezentren des Freistaates her gesehen. Hier, in einem traditionell schwachen SPD-Gebiet mit weiter überdurchschnittlichem CSU-Ergebnis (50,4%) konnte die Stimmabgabe für die Republikaner nur vergleichsweise schwach sein, den allgemeinen Regelmäßigkeiten des Wählerverhaltens in Bayern folgend.

Aber auch im Schwächegebiet Unterfranken weisen die Republikaner eine relative Stärke in der alten, früher sozialdemokratisch orientierten Industriestadt Schweinfurt auf, mit 12,3%. Dieses Ergebnis mit einem überdurchschnittlichen SPD-Rückgang, von 40,3% auf 35,5%, entspricht wieder genau dem allgemeinen bayernweiten Resultat eines Auflösens gerade von alten SPD-Kernen. Umgekehrt konnten in den wirtschaftlich und sozial relativ gutgestellten Gebieten um München, dem Landkreis selbst mit 12,2% und besonders Starnberg mit nur 10,7%, die Republikaner nur relativ schwache Ergebnisse erzielen, wobei hier die sehr starken F.D.P.-Anteile aufschlußreich sind. In verschiedenen Spessart- und Bayerischer Wald-Landkreisen mit alten SPD-Schwächen liegen die Republikaner-Anteile z. T. sogar unter zehn Prozent; umgekehrt ist diese neue Partei auch in den genannten Gebieten dort stark, wo früher die SPD für regionale Verhältnisse gut abschnitt.

Nach dem Schildern der Wahlergebnisse im großflächigen Rahmen und der sich dabei herausstellenden Regelmäßigkeiten des Wählerverhaltens hat dieselbe Darstellung, dieselbe Arbeit für den kleinflächigen Münchner Rahmen zu erfolgen, für die Stadt insgesamt (Kap. 3)

und für einzelne Stadtbezirke (Kap. 4). Es wird sich zeigen, daß die allgemeinen Verhaltensweisen auch in diesem Untersuchungsrahmen gelten.

3. Das Gesamtergebnis in München

In Tabelle 1 wird das Gesamtergebnis der Europawahl 1989 wiedergegeben für die größeren Parteien und den Resultaten der vorhergehenden Wahlen gegenübergestellt, zu Vergleichszwecken. Später werden in Tabelle 4 die Ergebnisse für jede der 21 Parteien berichtet und schon gleich nach der Stimmabgabe in den 36 Stadtbezirken aufgliedert; auf diese Tabelle wird im vierten Kapitel eingegangen.

3.1. Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Wie die Zahlen in der Tabelle 1 a, letzte Zeile, zeigen, stieg die Anzahl der Wahlberechtigten in München stark an und zwar, worauf in Abschnitt 1.1. schon hingewiesen wurde, erheblich mehr als im Bundesdurchschnitt oder auch im Bayernvergleich. Noch stärker, um 47,0% im Vergleich zu 7,3%, wuchs die Wählerzahl, womit die Wahlbeteiligung kräftig zunehmen mußte. In den ersten Kommentaren nach der Wahl wurde dieses Ergebnis und seine eventuellen Folgen für die Stimmenverteilung auf bestimmte Parteien auch betont, wobei aber darauf hinzuweisen ist, daß gegenüber 1979 die Wahlbeteiligung nicht so sehr gestiegen ist und daß auch in Bayern noch höhere Zuwächse eingetreten sind. Auf die Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtbezirken mit ihren Eigenheiten wird in Abschnitt 4.1. näher eingegangen. Die Stimmenabgabe bei der Europawahl liegt trotz des kräftigen Anstiegs noch immer unter der bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen und es läßt sich auch noch nicht sagen, wieweit der Zuwachs einmalig war oder von Dauer, was wiederum die Prognose für kommende Wahlen erschwert.

Weil die Teilnahme von Wahlberechtigten an der Wahl ein gewisses Überwinden von Trägheit voraussetzt, nämlich in dem Gang zum Wahllokal bzw. in dem Bestellen, Ausfüllen und Absenden eines Wahlscheins, kann aus der gerade in München höheren Wahlbeteiligung geschlossen werden, daß diesmal die Wahl mehr interessierte, die Bürger es eher als sinnvoll ansahen, ihre Meinung über die verschiedenen Parteien zum Ausdruck zu bringen; dieses Wahlverhalten führte dann auch zu einer erheblich geänderten Stimmenverteilung. Für die Zukunft dürften dann auch Wahlteilnahme und -ergebnis abhängen von dem Eindruck bei den Wahlberechtigten, wieweit ihre Stimmabgabe angesichts der Parteienstruktur lohnend ist.

3.2. Die Stimmergebnisse der größeren Parteien

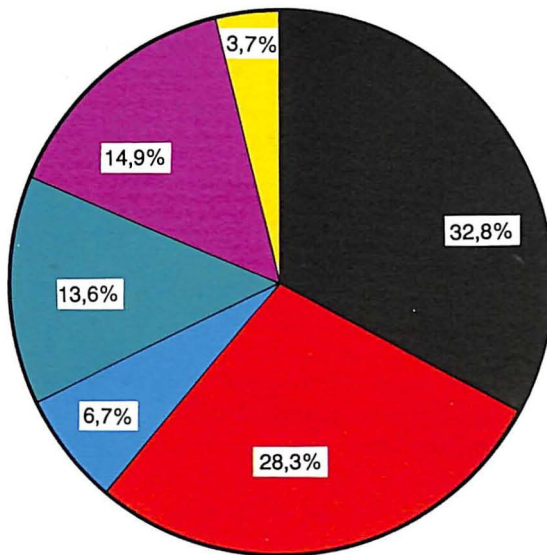
Die CSU als die inzwischen größte Partei in München mußte, im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Europawahlen wie auch zu den anderen Wahlen, einen Stimmenanteilverlust größeren Ausmaßes hinnehmen. Der Rückgang trat ein von einem hohen Vergleichswert früherer Wahlen, der sich über lange Jahre in dem steten Aufbauprozeß dieser Partei herausgebildet hatte; wieweit hier jetzt schon von einem Trendbruch nach 1987 gesprochen werden kann oder nur von einem einmaligen Schwächeanfall, aufgrund der eingangs erwähnten Sonderfaktoren, läßt sich z. Z. fachlich eindeutig nicht beurteilen, dürfte aber mit den Ergebnissen der drei Wahlen 1990 klarer werden.

Während die SPD im Bundesgebiet insgesamt ihren Anteil halten konnte und auch in Bayern nur vergleichsweise wenig abnahm, setzte sich für die Münchener SPD die schon seit den siebziger Jahren bestehende Abwärtsentwicklung verstärkt fort.

Die Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl in München

Abbildung 2

■ CSU ■ SPD ■ F.D.P. ■ Grüne ■ Rep. ■ Sonstige

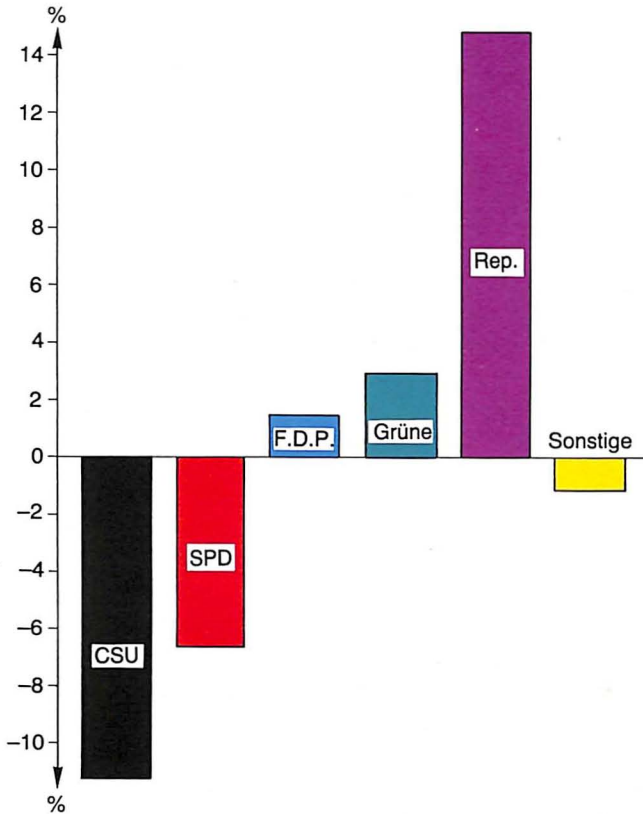


Fast aus dem Stand heraus, mit nur einer Wahlteilnahme überhaupt vorher, konnte die relativ neue Partei der Republikaner einen guten dritten Platz erringen. Sie überflügelte damit sogar die letzte größere Parteienbildung, die Grünen, trotz deren weiteren Anstiegs. Wieweit es sich bei dem Republikaner-Ergebnis um einen einmaligen Wert handelt oder ob hiermit eine bleibende Entwicklung eingeleitet wird, kann hier wegen fehlender Vergleichszahlen momentan wissenschaftlich nicht prognostiziert werden; möglich ist nur die Vorhersage, daß bei Fortdauer der ursächlich für den Erfolg wirkenden Größen mit dem Herausbilden stabiler Entwicklungen im Wählerverhalten zu rechnen ist.

Bei der nun schon älteren Neubildung, den Grünen, gelang eine Verdoppelung der Stimmenzahl und ein weiterer Ausbau des Stimmenanteils; bei den Europawahlen besteht für sie ein stabiler Trend in Aufwärtsrichtung, der jetzt zu einem Ergebnis in Höhe des Maximalplateaus der letzten Jahre (gut 13%) geführt hat; hier kann von einem zumindest einstweilig stabilen Niveau gesprochen werden, in das der stete Wachstumsprozeß nun eingemündet ist. Die früher, wenn auch mit weitem Abstand zu den beiden Großparteien, drittgrößte politische Gruppierung, die F.D.P., konnte ihren Stimmenanteil ebenfalls verbessern, ihre absolute Wählerzahl auch fast verdoppeln wenn es ihr damit aber auch noch nicht gelang, ihr Ergebnis von 1979 wieder zu erreichen, was jedoch für die beiden großen Parteien ebenso gilt. Aufgrund des stärkeren Zuwachses zweier neuer Parteien ist bei relativ unverändertem eigenen Anteil die F.D.P. inzwischen auf den fünften Platz zurückgefallen. Insgesamt hat sich auf die gezeigte Weise in den letzten zehn Jahren, zwischen der ersten und der dritten Europawahl, die Stimmenverteilung zwischen den verschiedenen Parteien gerade in München ganz erheblich geändert; von 95,0% der Stimmen sind die drei klassischen bundesrepublikanischen Parteien auf nur noch 67,8% gefallen. Interessant wird es im nächsten Jahr sein, zu beobachten, wieweit sich diese Umstrukturierung der politischen Landschaft auch bei den dann anstehenden drei Wahlen fortsetzt. Die Anteile der kleineren sechzehn

Veränderung der Stimmenanteile bei der Europawahl in München

Abbildung 3



Parteien können hier wegen ihres zu geringen Gewichts nicht erläutert werden, zudem dieses auch eine Trendanalyse praktisch unmöglich macht.

Abschließend seien die Gesamtergebnisse im Zeitreihen- und Querschnittsvergleich für die größeren Parteien zusammengefaßt: Die CSU liegt in München nun wieder bei einem Wert, der zwar höher ist als im Ruhrgebiet für die CDU, aber doch deutlich niedriger als im weiten Umland und auch im Vergleich zu den letzten Wahlen. Die Münchener SPD hat mit ihrem jetzigen Wahlergebnis die Schlußlichtposition in allen bevölkerungsstärkeren Großstädten übernommen (früher Stuttgart), wenn die Partei auch in einigen Landkreisen und Mittelstädten Bayerns noch schlechter abgeschnitten hat. Das Münchener Ergebnis der Republikaner ist weit höher als im Bundesdurchschnitt, aber noch nicht Spitzenwert und stimmt fast genau überein mit dem Resultat für ihr Stammland Bayern. Die F.D.P. erzielt in München zwar nicht bundes-, aber doch landesweit überdurchschnittliche Ergebnisse, die Partei der Grünen sogar in beiden Vergleichen, was wie bei den beiden großen Parteien den Blick auf wirtschafts- und sozialstrukturelle Eigenschaften Münchens lenken kann. Im nächsten Kapitel wird dann im Einzelnen darauf eingegangen, wie in bestimmten, sozialstrukturell auf die eine oder andere Weise geprägten Stadtbezirken die verschiedenen Parteien abschnitten, was gewisse Hinweise auf Abhängigkeiten des Wählerverhaltens geben kann, solange keine repräsentative Untersuchung vorliegt. Wie in früheren Veranschaulichungen von Wahlergebnissen hier seien zuvor noch kurz die Resultate für die größeren

Parteien graphisch wiedergegeben, sowohl im Niveau als auch in der Änderung (Abb. 2 und 3); die Interpretation der Abbildungen ergibt sich aus den Aussagen zu der Darstellung in Zahlenform.

4. Die Resultate in verschiedenen Stadtbezirken

4.1. Die Wahlbeteiligung

Wegen des starken Anstiegs in der Wahlbeteiligung ist Tabelle 3 neu gegenüber früheren Darstellungen hier. Es zeigt sich, daß nicht nur die Niveaus der Teilnahme in den einzelnen Stadtbezirken unterschiedlich ausfallen, was altbekannt ist, sondern ebenso die Steigerungsraten der Wahlbeteiligung. Die Anteile lagen 1984 zwischen 39,2% im Stadtbezirk Feldmoching-Hasenberg und 50,8% in Obermenzing, bei einem Durchschnittswert (arithmetisches Mittel) von 44,3%; 1989 lagen sie zwischen 54,0% in der Ludwigsvorstadt und 69,1% wiederum in Obermenzing, bei einem Mittelwert von 60,6%. Plus und Minus der Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtbezirken gegenüber dem Durchschnittswert für die gesamte Stadt lassen sich der vierten Zahlenspalte in Tabelle 3 entnehmen. Im nächsten Abschnitt ist zu prüfen, wieweit die Stimmenanteile einzelner Parteien sich mit der Wahlbeteiligung ändern.

Ebenso unterschiedlich wie die Niveaus der Wahlbeteiligung fallen (vgl. die dritte Zahlenspalte von Tabelle 3) auch die Steigerungsraten aus den verschiedenen Stadtbezirken; sie reichen von 29,2% in Neuhausen-Nymphenburg über 30,5% im Bereich Isarvorstadt-Deutsches Museum und 30,6% in der Altstadt bis zu 44,1% in Ramersdorf-Neuperlach, 46,4% in Feldmoching-Hasenberg und sogar 47,5% in Aubing, bei einem Durchschnittswert von 36,8%. Schon ein oberflächlicher Vergleich der Wahlbeteiligung und ihrer Änderung nur in einigen extremen Stadtbezirken kann leicht zu dem Ergebnis führen, daß generell in Stadtteilen mit bisher geringer Teilnahme der Anstieg besonders hoch war und in solchen mit bisher großer Beteiligung besonders niedrig war. Zum Überprüfen solcher eventuell irreführender Einzeleindrücke bietet aber die Statistik eine Maßzahl an, die für den Nichtfachmann kurz erläutert sei, den Variationskoeffizienten: Er wird in mehreren Stufen algebraisch errechnet. Zuerst werden die Differenzen zwischen Einzelergebnis x_i und Durchschnittswert \bar{x} ermittelt (s. vierte Zahlenspalte in Tab. 3) und dann ins Quadrat erhoben; quadriert werden die Unterschiede, weil die Streuungen um das arithmetische Mittel beide wichtig sind, nach oben und nach unten, sie sich aber bei einer weiteren Verwendung in erster Potenz gerade saldieren würden. Falls verschiedene Einzelergebnisse mehrfach vorhanden sind, muß ihr Einzelbetrag entsprechend mit der Zahl der Fälle multipliziert werden, was hier überflüssig ist. Je größer dann die Summe der quadrierten Abweichungen vom Durchschnittsergebnis ist (s. letzte Zeile in der fünften Zahlenspalte), desto mehr weichen die Einzelresultate von diesem ab, ist also in diesem Sinne das arithmetische Mittel weniger repräsentativ. Abschließend muß die Summe noch durch die Zahl der Einzelergebnisse geteilt werden, weil eine unterschiedlich hohe Zahl von Einzelresultaten bei verschiedenen Messungen erheblich abweichende Summen ergeben könnte, die nur auf die deren Streuung um den Mittelwert, auf die es aber gerade ankommt. Dieses Zwischenresultat der Berechnung wird als Varianz bezeichnet. Wenn nun die Quadratwurzel aus der Varianz gezogen wird, ergibt sich die sog. Standardabweichung als Maß der gewichteten absoluten (ohne Berücksichtigung des Vorzeichens) Differenzen; ohne Quadrieren und folgendes Wurzelziehen würde sie in der Summe gerade Null sein, was für das Streuungsmaß vermieden werden muß. Schließlich wird im letzten Berechnungsabschnitt die Standardabweichung geteilt durch den Mittelwert des Gesamtergebnisses, weil eine hohe Standardabweichung bei niedrigem

Durchschnittswert etwas anderes über die relative Streuung der Einzelmerkmale in der Gesamtheit besagt als eine gleich große oder sogar etwas größere bei hohem Mittelwert, und dann wird noch mit 100 malgenommen, um unhandlich kleine Dezimalzahlen zu vermeiden. Die sich auf die geschilderte Weise ergebende Zahl ist der Variationskoeffizient, algebraisch ausgedrückt (Σ = Summenzeichen, i = Nummer des Einzelmerkmals von 1 bis n , f = Häufigkeit)

Wahlbeteiligung Europawahl 1984 und 1989

Tabelle 3

Stadtbezirk	Wahlbeteiligung % 1984	Wahlbeteiligung % 1989	Verhältnis 1989/ 1984	$(x_i - \bar{x})$	$(x_i - \bar{x})^2$	$(x_i - \bar{x})$	$(x_i - \bar{x})^2$
				1984		1989	
1 Altstadt	42,8	55,9	1,3060	- 1,5	2,25	- 4,7	22,09
5 Maxvorstadt-Universität	45,0	61,0	1,3555	+ 0,7	0,49	+ 0,4	0,16
6 Maxvorstadt-Königsplatz-Marsfeld	42,3	57,6	1,3617	- 2,0	4,00	- 3,0	9,00
7 Maxvorstadt-Josephsplatz	43,8	60,2	1,3744	- 0,5	0,25	- 0,4	0,16
9 Ludwigsvorstadt	40,3	54,0	1,3399	- 4,0	16,00	- 6,6	43,56
10 Isarvorstadt-Schlachthofviertel	39,4	54,8	1,3908	- 4,9	24,01	- 5,8	33,64
11 Isarvorstadt-Glockenbachviertel	42,7	56,7	1,3278	- 1,6	2,56	- 3,9	15,21
12 Isarvorstadt-Deutsches Museum	39,9	56,9	1,4260	- 4,4	19,36	- 3,7	13,69
13 Lehel	48,5	63,3	1,3051	+ 4,2	17,64	+ 2,7	7,29
14 Haidhausen	41,5	57,6	1,3879	- 2,8	7,84	- 3,0	9,00
16 Au	42,4	57,8	1,3632	- 1,9	3,61	- 2,8	7,84
17 Obergiesing	42,3	58,3	1,3782	- 2,0	4,00	- 2,3	5,29
18 Untergiesing-Harlaching	46,5	60,8	1,3075	+ 2,2	4,84	+ 0,2	0,04
19 Sendling	42,9	59,3	1,3822	- 1,4	1,96	- 1,3	1,69
20 Schwanthalerhöhe	39,4	56,4	1,4314	- 4,9	24,01	- 4,2	17,64
21 Neuhausen-Oberwiesenfeld	45,3	60,2	1,3289	+ 1,0	1,00	- 0,4	0,16
22 Schwabing-Freimann	45,8	60,6	1,3231	+ 1,5	2,25	-	-
23 Neuhausen-Nymphenburg	50,6	65,4	1,2924	+ 6,3	39,69	+ 4,8	23,04
24 Thalk.-O'sendl.-Forstern.-Fürstern.	47,1	63,6	1,3503	+ 2,8	7,84	+ 3,0	9,00
25 Laim	44,9	61,0	1,3585	+ 0,6	0,36	+ 0,4	0,16
26 Schwabing-West	43,3	60,3	1,3926	- 1,0	1,00	- 0,3	0,09
27 Schwab. Nord-M'hofen-Am Hart	42,0	57,3	1,3642	- 2,3	5,29	- 3,3	10,89
28 Neuhausen-Moosach	44,0	60,4	1,3727	- 0,3	0,09	- 0,2	0,04
29 Bogenhausen	46,3	62,7	1,3542	+ 2,0	4,00	+ 2,1	4,41
30 Ramersdorf-Perlach	41,3	59,5	1,4406	- 3,0	9,00	- 1,1	1,21
31 Berg am Laim	41,0	57,6	1,4048	- 3,3	10,89	- 3,0	9,00
32 Trudering	44,4	62,3	1,4031	+ 0,1	0,01	+ 1,7	2,89
33 Feldmoching	39,2	57,4	1,4642	- 5,1	26,01	- 3,2	10,24
34 Waldfriedhofviertel	45,9	61,3	1,3355	+ 1,6	2,56	+ 0,7	0,49
35 Pasing	48,0	64,3	1,3395	+ 3,7	13,69	+ 3,7	13,69
36 Solln	48,8	66,1	1,3545	+ 4,5	20,25	+ 5,5	30,25
37 Obermenzing	51,8	69,1	1,3339	+ 7,5	56,25	+ 8,5	72,25
38 Allach-Untermenzing	46,1	64,9	1,4078	+ 1,8	3,24	+ 4,3	18,49
39 Aubing	41,5	61,2	1,4746	- 2,8	7,84	+ 0,6	0,36
40 Lochhausen-Langwied	43,9	60,9	1,3872	- 0,4	0,16	+ 0,3	0,09
41 Hadern	46,5	63,2	1,3591	+ 2,2	4,84	+ 2,6	6,76
Zusammen	44,3	60,6	1,3679	0	349,08	0	399,81

$$v = 100 \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2 f_i}{n}} : \bar{x}$$

Als Beispiel sei gleich die Berechnung für 1984 gezeigt:

$$v = 100 \sqrt{\frac{349,01}{36}} : 44,3$$

Welches Ergebnis für die Streuungen im gesamten Wahlergebnis 1984 und 1989 folgt nun aus den Zahlen in Tabelle 3, nach den allgemeinen Herleitungen? Die Varianz in der Wahlbeteiligung betrug 1984, ebenfalls mit 100 multipliziert, 9,7 bei einem Mittelwert von 44,3 und 1989 11,1 bei einem Mittelwert von 60,6; das absolute Streuungsmaß ist also gesunken. Mit anderen Worten ausgedrückt, haben sich die Wahlbeteiligungsquoten in den einzelnen Stadtbezirken einander angenähert, das Wahlverhalten i. d. S. ist homogener geworden; zwar sind die absoluten Unterschiede größer geworden, die relativen jedoch wegen des entscheidend wichtigen Anstiegs im Mittelwert für die ganze Stadt jedoch erheblich kleiner.

Wenn sich wieder den einzelnen Stadtbezirken zugewandt wird für die populär meist interessierenden extremen Einzelergebnisse, so zeigt sich in den Zahlen von Tabelle 3, daß die Gruppe der fünf Stadtbezirke mit der höchsten Wahlbeteiligung 1984 (Neuhausen-Nymphenburg, Obermenzing, Solln, Pasing, Lehel) 1989 fast ganz unverändert geblieben sind in ihrer Reihenfolge; herausgefallen ist diesmal nur das ohnehin an fünfter Stelle liegende Lehel und hinzugekommen das vorher auch stark überdurchschnittliche Gebiet von Thalkirchen bis Fürstenried. Gemeinsame sozialstrukturelle Eigenart dieser fünf Stadtbezirke ist eine relativ niedrige Bevölkerungsdichte mit verbreiteter Einfamilienhausbebauung, sog. bessere Wohnlagen der Stadt. Umgekehrt ist den Stadtbezirken mit niedrigster Wahlbeteiligung (1984: Feldmoching-Hasenberg, Schwanthalerhöhe, Ludwigsvorstadt, Isarvorstadt-Schlachthofviertel und – Deutsches Museum, 1989: Dieselben ohne Feldmoching-Hasenberg, dafür mit der Altstadt) gemeinsam die hohe Bevölkerungsdichte, auch mit großem Ausländeranteil, und die Bebauung mit älteren Wohnblöcken in zentraler oder randlicher Innenstadtlage wie auch noch bei den nächstniedrigen Stadtbezirken. Allgemein ist festzuhalten, stadtgeographisch gesehen, daß sich in den dicht bebauten Innenstadtgebieten (Ausnahme: Universitätsviertel) wenig an der Wahl beteiligt wird, in den Stadtrandgebieten dagegen mehr. Im nächsten Abschnitt wird sich weiter zeigen, daß in den Stadtbezirken mit dem höchsten Anstieg in der Wahlbeteiligung (außer Aubing) sich auch die größten Anteile für die neue Partei der Republikaner einstellten (Feldmoching-Hasenberg, Ramersdorf-Perlach, Schwanthalerhöhe).

4.2. Die Anteile der größeren Parteien

Die Stimmanteile der verschiedenen Parteien sind je nach Stadtbezirk in Tabelle 4 wiedergegeben. Die Interpretation für die vielen kleineren Parteien sei dem Leser überlassen; hier wird sich auf die größeren politischen Gruppierungen konzentriert.

4.2.1. Die Ergebnisse in einzelnen Stadtbezirken

Es zeigt sich als erstes, daß die weiter größte Partei, die CSU, trotz ihres allgemein starken Rückgangs ihre relativ guten Ergebnisse halten können. Sie traten am besten ein in den Stadtbezirken Feldmoching-Hasenberg, Obermenzing, Solln, Lochhausen-Langwied sowie besonders Trudering, mit Ausnahme des erstgenannten Stadtteils Gebiete mit niedriger

Bevölkerungsdichte und hohem Einfamilienhausanteil. Relativ schlecht abgeschnitten hat die CSU auf der Schwanthalerhöhe, in Haidhausen, im Bereich Isarvorstadt-Deutsches Museum, -Glockenbachviertel, -Schlachthofviertel und auch in Schwabing-West, alles Gebieten mit älterer dichter Bebauung und hoher Bevölkerungszahl sowie Innenstadtrandlage im Vergleich zur Stadtrandlage ihrer Hochburgen.

Die SPD konnte sich in ihrem allgemeinen Schrumpfungsprozeß noch relativ gut halten in den Stadtbezirken Obergiesing, Sendling, Schwabing Nord-Am Hart, Berg am Laim sowie Moosach, Gebieten, in denen sie schon immer überdurchschnittlich abschnitt und charakterisiert durch mittelalte, relativ dichtbebaute Wohnungsbestände. Ihre Schwächen hat sie in der Ludwigsvorstadt (Klinikviertel), Trudering, Solln und Untermenzing sowie Lochhausen-Langwied (meist Einfamilienhaus-, teils Villenbebauung). Herbe relative Verluste, wenn auch auf einem immer noch überdurchschnittlichem Niveau, mußte sie in ihren alten „Hochburgen“ hinnehmen, wie Feldmoching-Hasenberg, Berg am Laim, Ramersdorf-Perlach, also dichtbebauten Wohngebieten mit sozialem Wohnungsbau der sechziger und frühen siebziger Jahre. Die Grünen behielten ihre Stärken und konnten sie noch ausbauen im Innenstadtbereich mit seinen vielen Altbauten (Maxvorstadt-Universität, Schwabing-West, Isarvorstadt) sowie besonders in Haidhausen, ebenfalls mit großem Wohnungsbestand aus der Gründerzeit. Ihre Schwächen bestehen in den Stadtbezirken mit weitverbreitetem sozialen Wohnungsbau der jüngeren Vergangenheit (Ramersdorf-Perlach, Berg am Laim, Feldmoching-Hasenberg, auch Aubing). In Gebieten mit starker Einfamilienhausbebauung konnten sie inzwischen schon durchschnittliche Stärke erreichen.

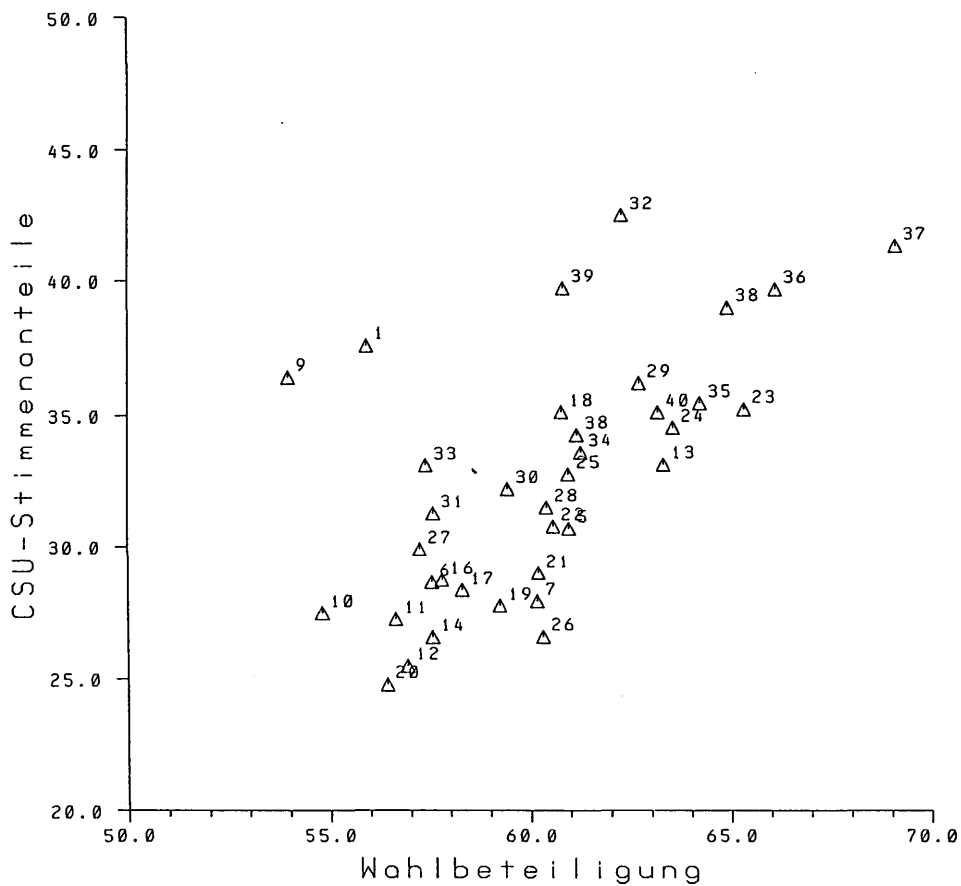
Die F.D.P. schnitt wie seit langem gut ab im Universitätsbereich (Maxvorstadt und Schwabing-West), im Lehel, weiter in den besseren und guten neuen Wohngebieten von Bogenhausen, Obermenzing und Untermenzing. Schwach ist sie nur am Wahlergebnis beteiligt in Obergiesing, auf der Schwanthalerhöhe, in Berg am Laim, Feldmoching-Hasenberg sowie Aubing, also in dichtbebauten, teils älteren, teils neueren Stadtbezirken.

Die neue Partei der Republikaner weist einige ganz klar erkennbare Hochburgen auf, so stark wie sonst nur die Grünen; es handelt sich hier um die Stadtteile Aubing, Obergiesing, Berg am Laim, Ramersdorf-Neuperlach und besonders Feldmoching-Hasenberg; gemeinsam ist ihnen allen ihre dichte Bebauung und hohe Bevölkerungszahl pro Flächeneinheit, mit einem zum großen Teil dem sozialen Wohnungsbau entstammenden Mietwohnungsbau aus den sechziger und frühen siebziger Jahren. Schwache Ergebnisse konnten die Republikaner nur erzielen in einigen verstreuten Stadtteilen, wie dem Universitätsviertel, Schwabing-Nord, dem Lehel sowie Obermenzing und Solln.

Auffällig ist, daß all diese Stadtbezirke mit relativ großen Republikaner-Erfolgen zusammenfallen mit Gebieten früher stark unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung und jetzigen überdurchschnittlichen Zuwächsen dieser Quote. Umgekehrt stimmen relativ starke CSU-Gebiete mit Stadtbezirken schon traditionell hoher Wahlbeteiligung überein und gute SPD-Gebiete mit solchen niedriger. Näher dargestellt sind diese Bezirke mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Abbildungen 4 bis 8. Vergleicht man die Stimmenergebnisse einzelner Parteien in bestimmten Stadtbezirken nach ihrer Ranglistenposition, so ist die SPD inzwischen wieder die stärkste der Parteien in zwölf Stadtteilen (alle im engeren und weiteren Innenstadtbereich) – 1984 waren es nur noch drei –, weil die CSU erheblich mehr verloren hat; in den anderen 24 Stadtbezirken liegt die CSU weiter auf dem ersten Platz; die dritte Position wechselt je nach Bau- und Sozialstruktur zwischen Grünen und Republikanern.

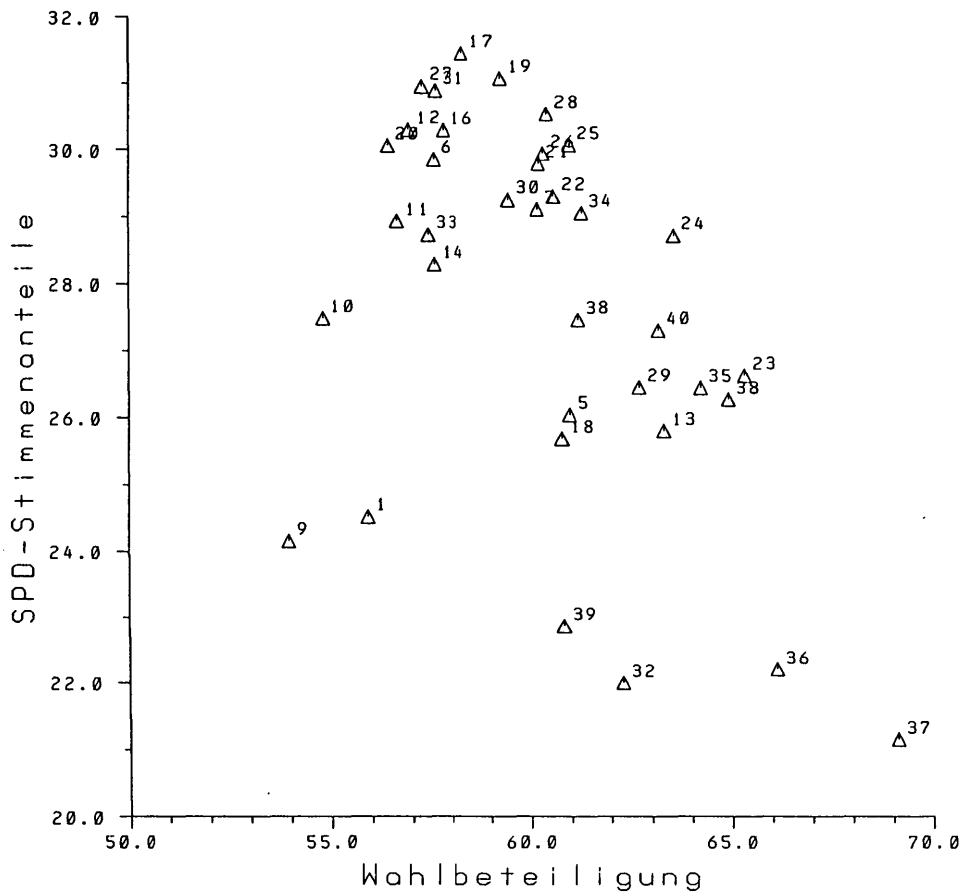
Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und CSU-Stimmanteilen

Abb. 4



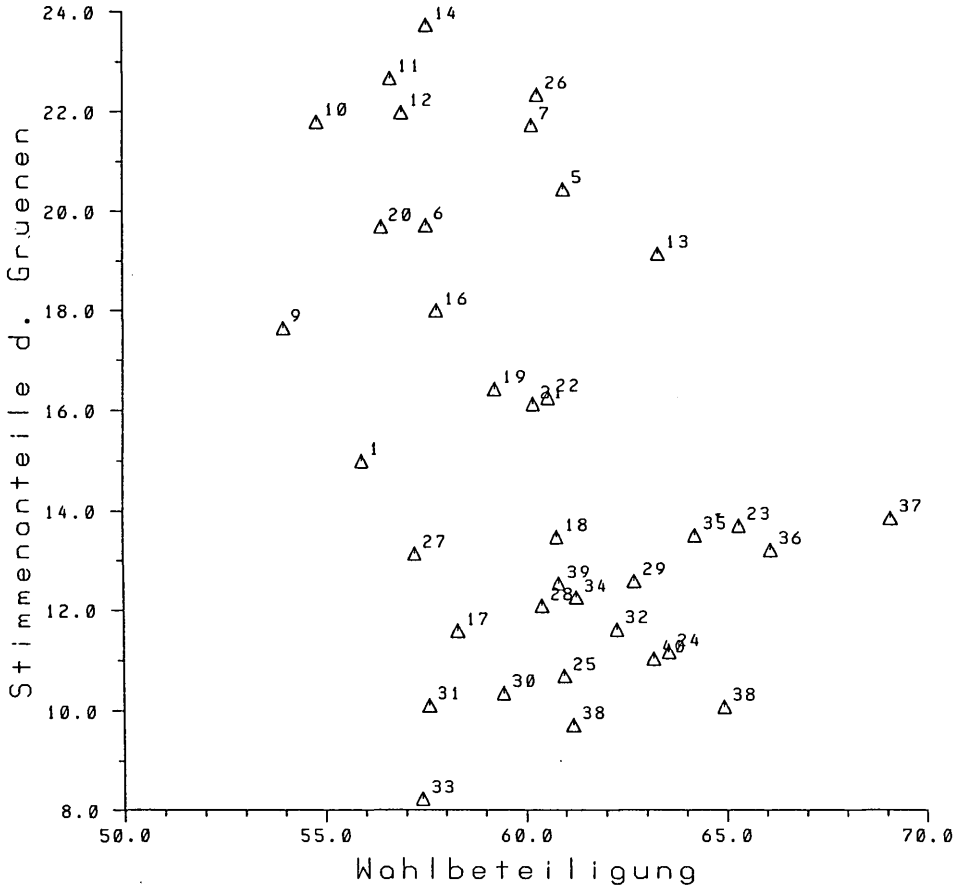
Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und SPD-Stimmanteilen

Abb. 5



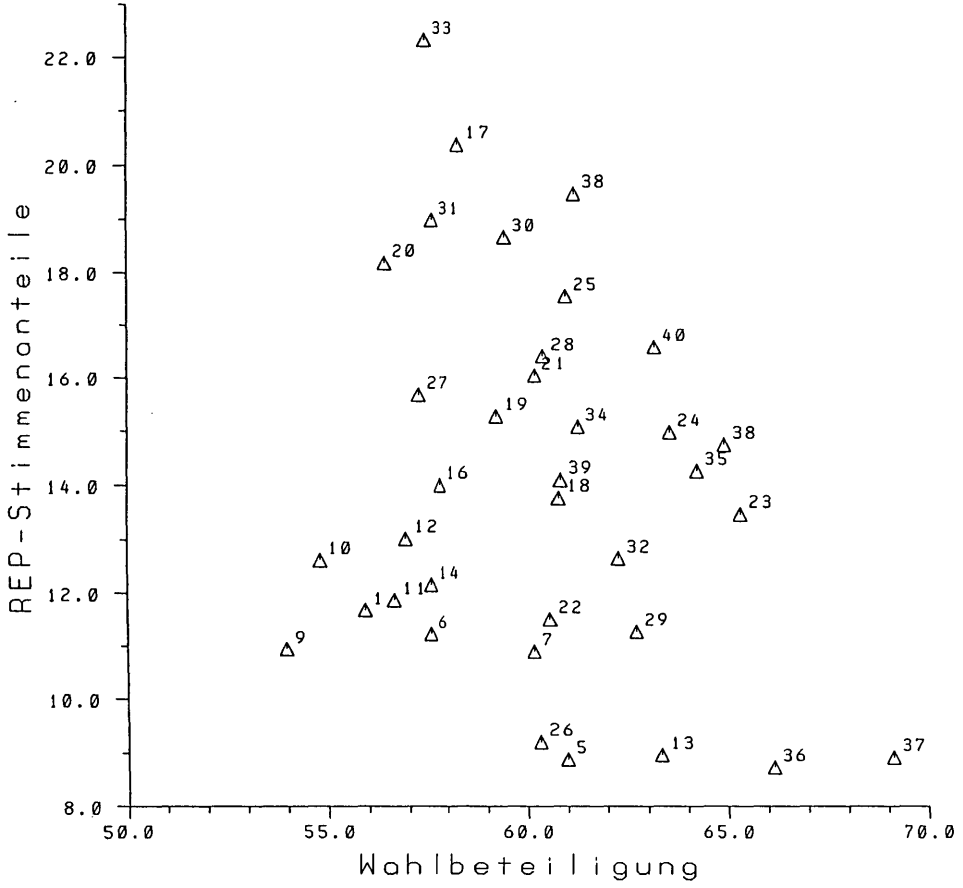
Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und Stimmanteilen der Grünen

Abb. 6



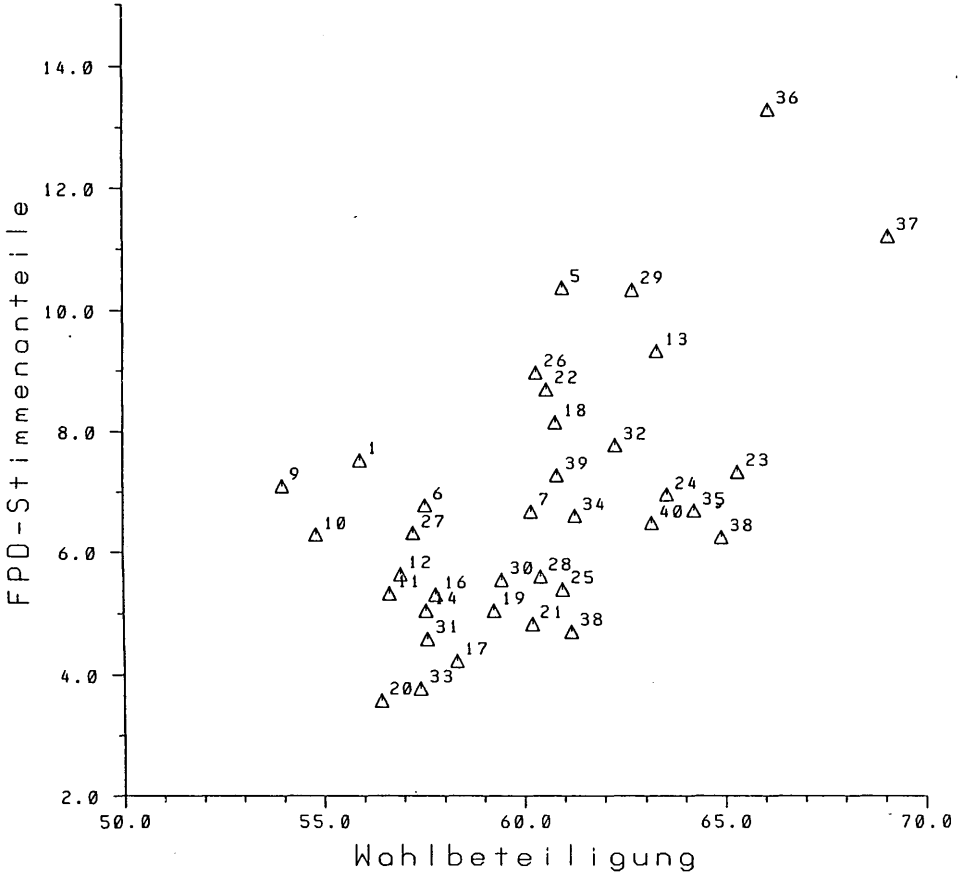
Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und REP-Stimmanteilen

Abb. 7



Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und FDP-Stimmanteilen

Abb. 8



4.2.2. Das Verhältnis von Stärken und Schwächen einzelner Parteien

Über solche Spitzenwerte einzelner Parteien hinaus lassen sich die Resultate einer politischen Gruppierung auch danach vergleichen, wieweit sie in verschiedenen Stadtbezirken übereinstimmen oder wie stark sie voneinander abweichen, m. a. W., wie gleichmäßig oder ungleichmäßig die Wählerschaft einer Partei über die Stadt verteilt ist. Das statistische Maß für diese Eigenschaft des Wählerverhaltens ist wieder die Varianz oder der Variationskoeffizient; je höher der betreffende Wert ist, desto verschiedener sind die Stimmenanteile einer Partei in den diversen Stadtbezirken, desto mehr weist sie sog. Hochburgen auf und Schwächegebiete. Zusammenfassend werden die Ergebnisse für die fünf größeren Parteien durch die folgende Übersicht gegeben:

Stimmenstreuung der Parteien

Partei	Varianz		Mittelwert		Variationskoeffizient	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989
CSU	20,7	21,3	44,0	32,8	10,3	14,1
SPD	30,8	7,8	34,9	28,3	15,9	9,9
F.D.P.	7,8	4,5	5,2	6,7	53,9	31,6
Grüne	6,1	22,1	10,6	13,6	23,3	34,8
Rep	–	12,7	–	14,9	–	23,9

Bei der Europawahl 1984 hatte die SPD noch die eindeutig höchste Varianz, d. h. ihre Stimmenanteile in den verschiedenen Stadtbezirken klafften absolut bei weitem am stärksten auseinander, zwischen Hochburgen und Schwächegebieten. Die andere große Partei, die CSU, hatte eine gleichmäßiger gestreute Wählerschaft, sowohl nach dem absoluten wie nach dem relativen Maß (Varianz bzw. Variationskoeffizient); beide Werte sind deutlich niedriger als bei der SPD. Die zwei kleineren Parteien hatten relativ geringe Varianzen, was bei erheblich niedrigeren absoluten Ergebnissen nicht verwundern kann, aber die höchsten relativen Streuungen, wegen der kleinen Mittelwerte. Sie weisen verhältnismäßig am stärksten Hochburgen und Schwächegebiete auf; um welche Stadtteile es sich dabei im einzelnen handelt, wurde oben aufgeführt.

Mit der Europawahl 1989 haben sich die Ergebnisse der Stimmenstreuung über die ganze Stadt doch erheblich gewandelt, wie nicht nur in gewissem Maße die Änderungen in den oben genannten Einzelfällen zeigen, sondern wie sich allgemein anhand der beiden statistischen Maßzahlen belegen läßt. Die absoluten Unterschiede zwischen den CSU-Anteilen in den einzelnen Stadtbezirken nahmen kaum zu, wohl aber wegen des stark gesunkenen Mittelwerts die relativen, d. h. in guten wie in schlechten CSU-Stadtteilen gingen die Ergebnisse um die etwa gleiche Punktzahl zurück über die ganze Stadt, was sich in den ohnehin schwachen Vierteln relativ stärker auswirken mußte. Wegen des Rückgangs im Mittelwert nahm der Variationskoeffizient zu bei etwa unveränderter Varianz.

Bei der SPD sank umgekehrt die Varianz ganz stark ab, d. h. das Wählerverhalten in bezug auf sie wurde über die ganze Stadt sehr viel gleichmäßiger, absolut wie auch relativ. Hier schlägt der in den Einzelfällen belegte Abbau ihrer Hochburgen voll durch, der mit starken Republikaner-Gewinnen verbunden war. Für die F.D.P. war das Wahlergebnis diesmal auch gleichmäßiger über die Stadt gestreut, absolut wie auch relativ, d. h. sie holte besonders in früher schwachen Gebieten Zuwächse.

Von den beiden relativ neuen Parteien weisen die Grünen nun die höchste Varianz auf und auch den größten Variationskoeffizienten, beide Werte weit höher als vorher. In diesem Anstieg wirkt sich aus der Aufbau von relativ starken Grünen-Hochburgen in Innenstadt-

gebieten, wo die SPD die neuere Partei nur noch knapp auf den dritten Platz verweisen konnte. Bei den Republikanern liegen Varianz wie Variationskoeffizient im mittleren Bereich, verglichen mit den anderen Parteien, d. h. sie verfügen zwar über Schwerpunkte ihrer Wählerschaft, aber nicht so stark wie etwa CSU oder Grüne, jedoch eher als die SPD, deren Stärken sich im Gewicht deutlich verringerten. Interessant wird es bei den kommenden Wahlen sein, zu beobachten, wie sich die erwähnten Eigentümlichkeiten bestimmter Parteien und auch Stadtteile halten oder wie weit sie sich wieder ändern. Die Aufarbeitung des alten wahlstatistischen Materials in diese objektiven Maßzahlen, über Eindrücke von Stadtteilen hinaus, ist inzwischen eingeleitet.

4.2.3. Sozialstrukturelle Zusammenhänge in der Wählerschaft bestimmter Parteien

Werden die absoluten Resultate bestimmter Parteien in verschiedenen Stadtteilen miteinander verglichen, wie dies schon für andere Städte geschehen ist, so zeigen sich einige Gemeinsamkeiten mit den Ergebnissen dort, die auf stadtübergreifende sozialstrukturelle Übereinstimmungen von Wählergruppen hinweisen. In den Stadtbezirken 1–14 (Innenstadt) sind bei einer fast immer unterdurchschnittlichen CSU die Grünen sehr stark vertreten bei leicht überdurchschnittlichen SPD- und auch wenigstens mittleren F.D.P.-Anteilen; die Republikaner sind hier verhältnismäßig wenig gewählt worden. Die gemeinsamen Stärken sprechen für eine sozialstrukturelle Nähe von SPD und Grünen zumindest in den Innenstadtbezirken.

In den Stadtgebieten mit hohen CSU-Anteilen (1,9, 19, 32, 36, 37, 40), fast immer guter Wohnlage und geringer Bevölkerungsdichte, ist auch die F.D.P. überdurchschnittlich gut vertreten, was auf die sozialstrukturelle Nähe dieser beiden Parteien hindeutet; in schwächerem Ausmaß gilt das auch für weitere Stadtbezirke (16, 17, 20 und besonders 26). Ein kleinerer, aber gut ausgeprägter Teil der Stadtbezirke (17, 20, 30, 31, 33) ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihm SPD und Republikaner gemeinsam stark sind; es sind dies die erwähnten Gebiete mit relativ dichter, aber meist neuerer Bebauung, die früher klassische SPD-Hochburgen waren und in denen heute die Republikaner ausschließlich ihre guten Ergebnisse erzielen.

Als Gesamtergebnis für die Stadt bleibt festzuhalten, daß CSU und F.D.P. sich eindeutig sozialstrukturell nahe sind, während bei der anderen großen Partei, der SPD, eine Doppelbindung besteht; sie liegt vor in schwächerem Ausmaß, aber in der Mehrzahl der betreffenden Stadtteile, den bevölkerungsgeringeren, mit den Grünen und in stärkerem Maße, aber nur in einigen gemeinsamen Hochburgen großer Bevölkerungszahl, mit den Republikanern. Die zwei Arten von relativ SPD-starken Stadtbezirken mit verschiedener Nähe zu einer zweiten Partei weichen sozialstrukturell deutlich voneinander ab; einmal sind es die alten Innenstadtgebiete besonders um die Universität und Haidhausen, dann die relativ neubesiedelten Stadtrandgebiete mit dichter Bebauung und Bevölkerung. Keine, allenfalls geringe, sozialstrukturelle Nähe besteht zwischen SPD und F.D.P. sowie zwischen CSU und Republikanern.

Das zusammengefaßte Resultat der sozialen Affinitäten in der Wählerschaft Münchens stimmt im Großstadtvergleich in Teilen überein mit dem für die beiden modernen Metropolen Frankfurt und Stuttgart, nämlich in der CDU (bzw. CSU)-F.D.P.-Nähe, nicht allerdings für die dort teils festgestellte CDU-Grünen-Nähe und wiederum überein in einer SPD-Republikaner-Nachbarschaft.

Im innerbayrischen Vergleich stimmen überein die CSU-Republikaner-Distanz, stärker im Ausmaß aber noch die in den altindustriellen Großstädten bestehende SPD-Republikaner-Nähe; in der modernen Großstadt München besteht diese allerdings nicht generell; hier finden sich auch SPD-Grünen-Gebiete abweichender sozialer Struktur.

Briefwahlergebnis der Europawahl in München am 18. Juni 1989

Tabelle 5

370

Stadtbezirk	Briefwähler	Gültige Stimmen	Briefwähler je 100		Von den gültigen Briefwählerstimmen entfielen in % auf*)					
			Wähler	Wahlberechtigte	CSU	SPD	Grüne	F.D.P.	Rep	Sonstige
1 Altstadt	750	746	25,2	14,1	43,1	16,3	16,0	9,4	10,9	4,3
5 Maxvorstadt-Universität	1 043	1 043	23,3	14,2	36,0	20,6	18,1	13,6	8,6	3,1
6 Maxvorstadt-Königsplatz-Marsfeld	1 409	1 403	22,3	12,8	33,0	23,7	20,5	9,1	9,4	4,3
7 Maxvorstadt-Josephsplatz	1 596	1 591	21,4	12,9	31,6	23,8	21,4	9,2	9,8	4,2
9 Ludwigsvorstadt	763	747	26,0	14,0	42,3	21,0	15,2	10,6	7,4	3,5
10 Isarvorstadt-Schlachthofviertel	899	896	20,6	11,3	32,6	24,5	23,0	7,7	8,4	3,8
11 Isarvorstadt-Glockenbachviertel	1 370	1 367	21,8	12,4	34,2	22,6	22,7	5,3	11,3	3,9
12 Isarvorstadt-Deutsches Museum	626	625	21,1	12,0	28,3	23,2	24,2	9,3	10,7	4,3
13 Lehel	1 404	1 403	26,1	16,6	40,3	18,3	17,9	12,5	7,2	3,8
14 Haidhausen	2 434	2 423	20,8	12,0	32,6	23,2	22,7	6,4	10,0	5,1
16 Au	1 723	1 714	21,0	12,1	32,4	24,4	19,0	7,9	12,4	3,9
17 Obergiesing	3 420	3 413	19,4	11,3	30,9	28,2	12,7	5,4	19,1	3,7
18 Untergiesing-Harlaching	4 920	4 894	22,8	13,9	41,4	19,7	12,2	10,1	12,9	3,7
19 Sendling	2 684	2 675	19,3	11,4	30,1	26,5	18,3	7,4	13,1	4,6
20 Schwanthalerhöhe	1 416	1 413	18,1	10,2	28,6	22,3	23,5	5,2	17,3	3,1
21 Neuhausen-Oberwiesenfeld	1 920	1 914	20,8	12,5	33,3	24,3	18,1	6,6	14,1	3,6
22 Schwabing-Freimann	5 250	5 241	22,5	13,6	36,8	23,0	16,2	12,0	8,7	3,3
23 Neuhausen-Nymphenburg	4 273	4 264	22,3	14,6	41,8	20,0	13,8	9,6	11,3	3,5
24 Thalk.-O'sendl.-Forstennr.-Fürstennr.	5 018	5 012	18,8	12,0	39,0	24,1	11,5	7,8	13,8	3,8
25 Laim	4 360	4 339	18,9	11,5	36,2	25,8	11,4	6,5	16,4	3,7
26 Schwabing-West	3 397	3 388	25,5	15,4	28,8	26,0	22,1	11,0	8,5	3,6
27 Schwab. Nord-M'hofen-Am Hart	6 659	6 646	19,0	10,9	33,3	25,9	14,4	8,8	13,7	3,9
28 Neuhausen-Moosach	5 325	5 282	18,2	11,0	34,8	24,5	13,2	7,7	15,3	4,5
29 Bogenhausen	6 912	6 885	22,1	13,9	41,1	21,1	12,1	13,0	10,0	2,7
30 Ramersdorf-Perlach	6 160	6 141	15,7	9,4	35,9	25,0	11,7	6,7	16,9	3,8
31 Berg am Laim	2 579	2 565	18,0	10,4	40,8	22,8	11,7	4,8	16,6	3,3
32 Trudering	2 987	2 981	18,0	11,2	46,5	18,1	11,3	9,0	11,6	3,5
33 Feldmoching-Hasenberg	2 743	2 735	13,5	7,7	37,9	24,7	9,4	4,8	19,6	3,6
34 Waldfriedhofviertel	3 856	3 845	18,3	11,2	36,5	24,9	13,1	8,5	13,9	3,1
35 Pasing	3 361	3 348	18,4	11,8	39,4	23,1	14,1	7,3	12,9	3,2
36 Solln	2 387	2 382	22,8	15,1	45,0	17,3	11,4	14,1	9,5	2,7
37 Obermenzing	2 320	2 305	21,4	14,8	45,8	17,2	13,4	12,4	8,2	3,0
38 Allach-Untermenzing	1 741	1 725	14,9	9,6	42,1	22,1	11,4	9,1	11,9	3,4
39 Aubing	2 078	2 074	15,4	9,4	37,8	22,6	10,4	6,4	17,8	5,0
40 Lochhausen-Langwied	412	411	15,7	9,5	40,9	19,2	14,8	9,7	12,2	3,2
41 Hadern	3 585	3 579	17,8	11,3	38,6	22,7	10,8	7,4	16,8	3,7
München zusammen	103 780	103 415	19,5	11,8	37,2	23,1	14,3	8,7	13,0	3,7

*) CSU = Christlich-Soziale Union in Bayern, F.D.P. = Freie Demokratische Partei, Grüne = Die Grünen, Rep = Die Republikaner, SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Weiter aufschlußreich für die Untersuchung sozialer Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens wäre es noch, die Anteile einzelner Parteien mit weiteren Sozialindikatoren (Wohnungsgröße, Bevölkerungsstruktur nach Beschäftigung, Alter und Geschlecht, Ausländeranteil usw.) der verschiedenen Stadtbezirke zu vergleichen, was hier aber aus zeitlichen Gründen nicht geschehen kann; mit einer Analyse solcher Art könnten Zusammenhänge des Wählerverhaltens näher festgestellt werden.

5. Das Briefwahlergebnis

Briefwähler (vgl. Tab. 5) nahmen an der Europawahl 1989 nur in etwa durchschnittlichem Ausmaß teil, verglichen mit ihrer Zahl und Quote 1984. Ihre absolute Anzahl stieg zwar kräftig an, von 72 868 im Jahr 1984 auf 103 780 in diesem Jahr, jedoch sank ihre Quote an den Wählern insgesamt etwas ab, von 20,1% auf 19,5%, während das Verhältnis zu den Wahlberechtigten stieg, von 8,9% auf 11,8%. Die abweichenden Anteile und Entwicklungen an den beiden Absolutzahlen belegen wieder, wie wichtig die Änderung in der Wahlbeteiligung für alle Ergebnisse dieser Europawahl ist. Relativ hoch sind die Briefwähleranteile im Innenstadtbereich, teils auch noch in den Gebieten mit geringerer Bebauungs- und Bevölkerungsdichte, wobei die Rangordnungen in den Quoten gegenüber 1984 diesmal wechselte. Niedrig wie früher lag die Briefwahlquote in den Stadtbezirken Allach-Untermenzing, Aubing, Lochhausen-Langwied, Ramersdorf-Neuperlach und besonders Feldmoching-Hasenberg.

Wie schon traditionell konnten bei den Briefwählern CSU und diesmal besonders F.D.P. überdurchschnittlich abschneiden, auch die Grünen etwas besser als im Gesamtergebnis. Die SPD und nun auch die Partei der Republikaner weisen nur unterdurchschnittliche Anteile an den Briefwählern auf. Zur Rangordnung der einzelnen Parteien bei der Briefwahl ist festzustellen, daß bei ihr die CSU in allen Stadtbezirken vor der SPD liegt, die nun in einigen Grünen-Hochburgen im Innenstadtbereich schon von dieser Partei überflügelt wird.

Als Gesamtergebnis der Europawahl 1989 in München bleibt festzuhalten, daß sich das Wahlverhalten stark geändert hat im Vergleich zu früher. Offensichtlich müssen auch alte Gewohnheiten der Stimmabgabe in breiten Schichten nicht als programmiert beibehalten werden, sondern können durch neue Überlegungen von Wählern Vergangenheit werden, sei es aufgrund einer neuen Realität oder einer neuen Sicht einer alten. Dieses Verhalten auf praktischer Ebene erzwingt dann, wenn die theoretische Erfassung der Realität nicht überlebt sein soll, auch dort neue Sichten politischer Zusammenhänge und Zuordnungen, wie sie im Wählerverhalten zum Ausdruck kommen.

Dipl.-Ökonom Dr. Hans-Walter Kreiling